



CRPM CPMR

CONFERENCE DES REGIONS PERIPHERIQUES MARITIMES D'EUROPE
CONFERENCE OF PERIPHERAL MARITIME REGIONS OF EUROPE

6, rue Saint-Martin 35700 RENNES - F
Tel. : + 33 (0)2 99 35 40 50 - Fax : + 33 (0)2 99 35 09 19
e.mail : secretariat@crpm.org - web : www.crpm.org

PROTOKOLL DER 36. HAUPTVERSAMMLUNG DER CRPM 2.-3. OKTOBER 2008 – BAYONNE (AQUITANIEN, FRANKREICH)

DONNERSTAG, 2. OKTOBER 2008

ERÖFFNUNGSSITZUNG

Herr Alain Rousset (Aquitanien) heißt die Vertreter der Mitgliedregionen der CRPM willkommen. Er legt den Akzent auf den Beitrag der Gemeinschaftspolitiken zur wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen und unterstreicht dabei den in Sachen maritime Politik zurückgelegten Weg sowie zwei für die Zukunft wichtige Arbeitsfelder: einerseits die Kohäsionspolitik, und andererseits die gemeinsame Agrarpolitik. Er berichtet der Versammlung über Fragestellungen zum Werdegang der Regionen in Frankreich im Rahmen der angekündigten Reform der territorialen Körperschaften und unterstreicht die Bedeutung der kommenden Debatte zur Zukunft der CRPM.

Auch **Herr Jean Grenet (Bürgermeister von Bayonne)** heißt die Teilnehmer willkommen und er bedankt sich bei der CRPM und Herrn Alain Rousset dafür, dass Bayonne als Versammlungsort gewählt wurde. Diese bedeutungsvolle Wahl zeuge von einem echten Willen zur Dezentralisierung.

Herr Claudio Martini (CRPM) begrüßt nun seinerseits die Teilnehmer und bedankt sich bei der Gastgeber-Region Aquitanien für ihren Empfang. Er weist darauf hin, dass die CRPM in ihrer Rolle als stellvertretende Instanz der Regionen in Europa immer größere Anerkennung genießt. Dadurch werde sie zum zentralen Partner in der Diskussion über die europäische Einigung. Danach stellt er das Programm der zwei Sitzungstage vor und bittet die Versammlung, dem Protokoll der Hauptversammlung 2007 in Florenz, sowie der Tagesordnung der diesjährigen Hauptversammlung zuzustimmen. Beide Texte werden einstimmig angenommen.

Eröffnung der Sitzungsarbeit der 36. Hauptversammlung der CRPM

SESSION 1: DIE CRPM UND WAS BEI DER EUROPÄISCHEN EINIGUNG AUF DEM SPIEL STEHT, BILANZ UND PERSPEKTIVEN

Herr Xavier Gizard (CRPM) legt die Tätigkeitsbilanz der CRPM für den Zeitraum seit der letzten Hauptversammlung sowie das Arbeitsprogramm 2008-2009 vor. Er weist eindrücklich darauf hin, dass der aktuelle Zeitraum von unklaren Vorstellungen für die Zukunft des europäischen Einigungswerks geprägt ist. Er geht die einzelnen Fachdossiers durch und erwähnt besonders den Klimawandel, die GAP, den Tourismus und das Europa des Meeres.

Die Bilanz steht unter http://www.crpm.org/pub/agenda/714_de_cpmr_activity_report_2007-2008-compressed.pdf zur Verfügung.

Er berichtet darüber, inwieweit die bei der Hauptversammlung von Florence eingegangenen Verpflichtungen erfüllt worden sind und stellt **Frau Josefina Moreno** als neue Exekutivsekretärin für die intermediterrane Kommission der CRPM sowie **Herrn Fabien Mesclier** als neuen Exekutivsekretär für die Atlantikbogen-Kommission der CRPM vor.

Herr Claudio Martini eröffnet die Debatte über die Tätigkeitsbilanz und die Arbeitsvorschläge.

Frau Annika Annerby Jansson (Schonen) begrüßt die Bildung der Arbeitsgruppe zur sozialen Eingliederung und lädt alle CRPM-Mitglieder dazu ein, sich daran zu beteiligen.

Herr Marcelino Iglesias Ricou (Aragón) gratuliert der CRPM zu ihrer Vitalität. In seinen Ausführungen legt er den Akzent auf die Notwendigkeit eines europäischen Integrationsprozesses und auf die überaus wichtige Rolle der Regionen.

Er weist auf die Bedeutung des Verkehrs hin. In diesem Punkt habe sich Aragón sehr eingesetzt. Als Beispiel hierfür nennt er die Logistikplattform Plaza. Die Verbesserung der Verbindungen im ganzen europäischen Raum, vor allem in den Pyrenäen würde weiterhin als zentraler Faktor für die Wirtschaft, den zwischenregionalen Handel, die Raumgestaltung, den Schutz gegen Umweltverschmutzung und die erhöhte Sicherheit gelten. In diesem Sinne sei das Transeuropäische Verkehrsnetz Nr. 16 eine sehr positive Sache. Der Ausbau eines Korridors für den vorrangigen Warentransport sei unbedingt notwendig. Er weist auch eindringlich auf die Bedeutung der Hochgeschwindigkeitsseewege und auf das Sich-ergänzen der einzelnen Verkehrsarten.

Die für den Zeitraum 2007-2013 verfügbaren europäischen Finanzierungsmittel seien nicht ausreichend. Zusätzliche Finanzierungsquellen könnten etwa über private-öffentliche Partnerschaften aufgetan werden.

Die Region Aragón möchte einen wissenschaftlichen Rat einberufen, um zur Reflexionsarbeit der CRPM und der europäischen Union beizutragen. Und schließlich möchte Aragón die führende Rolle in der Arbeitsgruppe Verkehr der CRPM übernehmen.

Herr Francesc Antich I Oliver (Balearn) führt an, dass die Zukunft Europas mehr denn je von den Regionen abhängt. In der jetzigen Krisensituation behalte die vor mehreren Monaten verabschiedete Erklärung von Mallorca über den nachhaltigen Tourismus ihre ganze Aussagekraft.

Mit dem nachhaltigen Tourismus möchten die Balearn für neue Anstöße sorgen und dafür müssten sie sich ehrgeizige Ziele hinsichtlich Qualität, Erneuerung und Innovation stecken. Er zählt mehrere entsprechende Maßnahmen auf, Landschaftsaufwertung, Reinigung der Strände, Gebäude-Abbruch, Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, Finanzierung von Forschung und Ausbildung. Er spricht auch die Bedeutung eines neuen technologischen Zentrums auf den Balearn an. Zur Umsetzung dieser Initiativen sei die Involvierung der Gewerkschaften und der Unternehmen notwendig.

Seiner Meinung nach ist das aktuelle Vorhaben von Palma, bei dem der Strand das ganze Jahr über für den Fremdenverkehr zur Verfügung stehen soll, heute ein Beispiel für ein erfolgreiches Pilotexperiment in Sachen Erneuerung des Touristik-Angebotes.

Er erinnert an die Bedeutung der Innovation im Tourismusbereich, der Entwicklung eines übertragbaren Know-Hows, der Rolle der Technologie-Cluster und der Erneuerung der Tätigkeitsschwerpunkte. Zum Schluss weist er eindringlich auf den notwendigen Schutz der Umwelt und des Kulturerbes hin.

Herr Francesco Attaguile (Sizilien) hebt hervor, dass die Erfahrung der Balearn für die Arbeitsgruppe Tourismus der CRPM von Interesse sei. Er geht noch einmal auf die Arbeit dieser Gruppe ein, die sich bereits zu mehreren Sitzungen getroffen hat und vor allem mit der europäischen Kommission einen regen Erfahrungsaustausch ermöglicht hat. Er unterstreicht die sehr starke wirtschaftliche Dynamik im Tourismussektor. Dieser Umstand erfordere die Entwicklung eines strategischen und territorialen Ansatzes durch die CRPM auf diesem Gebiet.

Er ist der Ansicht, der Ansatz der CRPM müsse integriert und ganzheitlich sein, so dass zum Beispiel Betrachtungen im Zusammenhang mit der Umwelt und dem Klimawandel einbezogen werden können. Durch einen ganzheitlichen Ansatz sollen bei den Touristenströmen die Problematiken der Herkunfts- und der Gastregionen in Verbindung miteinander gebracht werden. Schließlich müsse der Tourismus so gestaltet werden, dass eine Verbindung zwischen den Bevölkerungen entsteht und dass vor allem die sozialen Merkmale der verschiedenen Gebiete aufgewertet werden.

Für die Fortsetzung dieser Arbeit werden sich die Beziehungen zu den geographischen Kommissionen und zu weiteren Regionen als sehr wichtig erweisen.

Debatte

Herr Humphrey Temperley (Devon): Aufgrund des Ölpreisanstiegs müssen die Zugverbindungen für den Freizeit- aber auch den Berufsverkehr ausgebaut werden. Dieselben Überlegungen gelten für den Seeverkehr. Er stellt sich auch die Frage, welche Folgen die aktuelle Krise auf den Tourismus aber auch auf den Verkehr in den Städten haben wird.

Ein griechischer Vertreter: Die menschlichen Aktivitäten haben oft negative Auswirkungen auf die Umwelt. Das gesamte Potential der Gebiete müsse zur Geltung gebracht werden und die Bedeutung einer qualitativ hohen Innovation und Forschung herausgestellt werden. Durch den gestiegenen Ölpreis sei es noch notwendiger geworden, eng zusammenzuarbeiten, um die Verkehrsmittel und -verhältnisse unter anderem im Interesse des Tourismus zu verbessern.

Herr Rafael Hueso (País Vasco) spricht noch einmal das Problem der Staus und der Überlastung der Transportwege an. Er bittet um die Fortsetzung der Arbeit der CRPM in diesem Bereich.

M. Claudio Martini betont dass die Verkehrs- und Energiefragen eine starke territoriale Dimension besitzen, und dass sie somit mit den Grundsätzen der CRPM verbunden sind.

Die Tätigkeitsbilanz wird verabschiedet.

SESSION 2: DIE INTEGRIERTE EUROPÄISCHE SEEVERKEHRSPOLITIK - BILANZ UND PERSPEKTIVEN DES ERSTEN AKTIONSPLANES

Herr Jean-Yves Le Drian (Bretagne) leitet die Session ein und bedankt sich bei Kommissar Joe Borg für dessen Anwesenheit, die von den hervorragenden Arbeitsbeziehungen zwischen der europäischen Kommission und der CRPM zeugt. Er hebt hervor, die maritime Dimension sei das Wesen der CRPM, und das Meer unsere Einigungsbasis. Sie biete immer mehr Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Regionen, vorausgesetzt wir seien in der Lage, die Synergien zwischen den einzelnen Politiken zum Tragen kommen lassen. Er erinnert an die Bildung der Arbeitsgruppe «Aquamarina» in Florenz. Diese setzt sich aus 40 Regionen zusammen, die sich zur Aufgabe gemacht haben, die Fortschritte des Aktionsplanes des Blaubuches zur maritimen Dimension zu analysieren, um Verbesserungs- und Ergänzungsvorschläge zu unterbreiten.

Er bedauert, dass das Paket «Erika 3» nicht angenommen wurde und betont dabei die mutige Haltung des europäischen Parlaments, das die Verabschiedung der gesamten Maßnahmen fordert. Er erinnert daran, dass es sich hier um eine für die Küstenregionen zentrale Frage handelt und schlägt vor, dass die am meisten betroffenen Regionen sich vor Ende des Jahres mit diesem Anliegen an die französische Präsidentschaft wenden. Er begrüßt die Verabschiedung der Mitteilung der Kommission zur Meeresforschung und lässt wissen, dass die Regionen bereit sind, sich bei dieser Frage einzubringen.

Präsident Le Drian erinnert an zwei Punkte, die weiterhin Anlass zur Sorge geben. Erstens die Gemeinsame Fischereipolitik, bei der das Papier vom 17.09.08, das die Debatte zur angekündigten Reform der GFP eröffnet, die Regionen nicht ganz zufrieden stellt. Vor allem mit der Verschrottung von Schiffen als Mittel zum Ressourcenschutz seien diese nicht einverstanden. Darüber hinaus erinnert er an die Bedeutung und die Stellung der menschlichen und sozialen Dimension und verlangt Maßnahmen in Sachen Sicherheit und Energie, sowie die Anwendung der neuen Techniken in der Fischereiflotte. Er erwähnt, das Konzept der Hochgeschwindigkeitsseewege sei immer noch mit Ungewissheiten behaftet.

Kommissar Joe Borg dankt der Versammlung dafür, dass sie ihn eingeladen hat, und weist zunächst auf die Relevanz der Ausführungen von Präsident Le Drian hin, insbesondere in Sachen maritime Governance und Fischereiindustrie. Er wünscht, dass die CRPM eine entscheidende Stellung in der angehenden Debatte zur Reform der GFP einnimmt. Er bestätigt, dass die CRPM ein sehr wichtiger Partner für die erfolgreiche Umsetzung der Seeverkehrspolitik sei, und weist darauf hin, dass die von der CRPM in Sachen Verkehr, Governance und Überwachung aufgeworfenen Fragen bearbeitet werden.

Die Rede von Kommissar Borg kann unter http://www.crpm.org/pub/agenda/751_fr-speech_by_commissioner_borg_to_the_cpmr_oct_2008.pdf abgerufen werden.

- Zur Governance: Die Arbeit zu den „best practices“ innerhalb der Mitgliedstaaten sei begonnen; Dazu werde es eine Mitteilung der Kommission geben, die darauf hinweisen wird, dass die maritime Governance auch auf regionaler Ebene eingeführt werden muss. Die Regionen können nämlich in diesem Bereich wie auch im Bereich Zusammenarbeit Positives bewirken.
- Zum Verkehr: Die Arbeit betrifft hier die Häfen und die Schaffung eines maritimen Raumes ohne Grenzen. Dies setzt in erster Linie einen Abbau der Bürokratie voraus. Zum Thema maritime Forschung erinnert der Kommissar daran, dass kürzlich eine Mitteilung mit Akzent auf die Innovation verabschiedet wurde.
- Zur maritimen Raumordnung: Der Kommissar fordert die Regionen der CRPM dazu auf, sich den zur Analyse von „good practices“ gebildeten Arbeitsgruppen anzuschließen. In Sachen Überwachung heißt es erst einmal die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verstärken und zu einer besseren Integration der vorhandenen Systeme zu gelangen.

Auf längerer Sicht werden folgende Fragen behandelt: Erstens der Klimawandel, dessen Auswirkungen besonders in den Küstengebieten zu spüren sein werden - wo auch der Austausch von good practices unbedingt notwendig sei. Zweitens die Energie. Durch Berücksichtigung der Möglichkeiten, die das Meer bietet, soll im Bereich Energie und bei den Transporten diversifiziert werden. Auf die Windenergie und die offshore Anlagen geht der Kommissar eingehender ein. Bei den maritimen Cluster als entscheidende Wirtschaftskomponenten für die Küstenregionen spricht er vor allem von den Synergien und von der Ausbreitung von öffentlich-privaten Verbindungen, die verfolgt werden sollten.

In bezug auf die Strategien für die Ostsee und das Schwarze Meer berichtet er über die aktuellen Bemühungen zur Einrichtung einer Integrierten Seeverkehrspolitik. Dasselbe Ziel werde für das Mittelmeer verfolgt, wo jegliche Seeverkehrspolitik kohärent und die CRPM in den Konsultationsverfahren eingebunden sein müsse. Bei den äußersten Randgebieten seien vor allem die Forschung, die Artenvielfalt, die Diversifizierung der Energiequellen und die geopolitische Rolle wichtig. Dies sind alles Dinge, die zum Kernstück der von der Kommission vorbereiteten Mitteilung gehören werden.

Der Kommissar schließt seinen Beitrag ab, indem noch einmal auf die zentrale Rolle der Regionen bei der Einführung einer Integrierten Seeverkehrspolitik hinweist und die Mitglieder der CRPM dazu ermutigt, sich voll und ganz für die in diesem Jahr gestartete Initiative für einen europäischen Tag des Meeres einzusetzen (siehe Rede von Joe Borg auf der Website der CRPM).

Debatte

Herr Jean-Yves Le Drian dankt Kommissar Joe Borg. Er begrüßt den Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur CRPM. Er erinnert daran, dass die CRPM bei «Biomarine» von Frau Gunn Marit Helgesen vertreten wird. Er bedankt sich auch bei Kommissar Joe Borg für das Ansprechen der integrierten europäischen Seeverkehrspolitik im Mittelmeerraum. Er betont die Anwesenheit von Vertretern von Regionen aus Tunesien und Marokko bei der Hauptversammlung. Diese Partner müssten zwingend in die maritime Politik, die gerade ausgearbeitet wird, einbezogen werden.

Herr Humphrey Temperley fragt Kommissar Joe Borg ob es für die europäische Kommission von Nutzen sein könnte, wenn die CRPM eine Erklärung zugunsten des Pakets Erika III beschließen würde.

Herr Jérôme Poverini (Korsika) begrüßt das Vorhaben einer Union für den Mittelmeerraum, das neuen Schwung in den Prozess von Barcelona bringe. Er verweist auf die Diskussionen bei der Sitzung der intermediterranen Kommission der CRPM in Neapel am vergangenen 18. September. Er ist der Ansicht, dass die Union für den Mittelmeerraum im Bereich Seeverkehr vorankommen kann. An den Beispielen der Erhaltung der Fischereiresourcen, des Verkehrs, der Sicherheit und der Hochgeschwindigkeitsseewege erläutert er die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd im Mittelmeerraum. Er wünscht, dass die europäische Union zum Gesprächspartner der Staaten innerhalb der IMO wird, etwa um im Mittelmeerraum besonders anfällige Küsten- und Meereszonen als solche auszuweisen.

Herr Bo Löfgren (Blekinge) berichtet über mehrere Fälle von Schiffsunglücken und Ölpest, die sich in der Ostsee in den vergangenen Monaten ereignet haben. Er macht sich Gedanken über die Wirksamkeit der Vorbeugungsmaßnahmen auf europäischer Ebene und unterstreicht die Notwendigkeit einer Verbesserung der Kontrollen, zum Beispiel indem die Schiffe mit sogenannten Black Boxen ausgestattet werden. Er meint auch, es wäre sinnvoll im maritimen Bereich mehr Forschung zu finanzieren, sowie die Zusammenarbeit

zwischen den Küstenwachen in der Ostsee auszubauen und zur Unfallverhütung ein System zum Austausch von good practices zu entwickeln.

Die schwedischen Mitglieder der CRPM würden die europäische Kommission unterstützen, aber wünschen, dass man Russland enger an den Initiativen beteilige. Jedes Jahr solle ein entsprechender Aktionsplan überarbeitet werden. Besonders wichtig seien die lokalen und regionalen Wirkungsebenen. Die Ostsee-Kommission der CRPM habe zu diesem Thema ein Papier auf ihre Internetseite gestellt. Schließlich sei die Region Blekinge gewillt, im Rahmen von Aquamarina entsprechende Initiativen zu koordinieren.

Eine Vertreterin einer schwedischen Region weist ausdrücklich auf die Wichtigkeit der Hochgeschwindigkeitsseewege für das nördliche Dreieck Oslo-Kopenhagen-Helsinki hin. Es ginge um den Anschluss der Regionen des Nordens an den übrigen Teil der Union und um eine Gesamtkonsolidierung des Seeverkehrs. Notwendig sei auch die Kombination von Seeweg und Schienentransport zwischen Stockholm und Göteborg. Der Anschluss der nördlichen Regionen an die übrigen europäischen Regionen sei ein grundlegender Aspekt für die Handelsbeziehungen und die Förderung von Frieden und Wohlstand innerhalb der Union.

Sie bittet die CRPM darum, diese Umstände bei den Verhandlungen mit der europäischen Kommission und weiteren Beteiligten zu berücksichtigen.

Kommissar Joe Borg unterstreicht die Annahme der Vorschläge zu Erika III durch die Kommission, die auf eine Zustimmung des Rates hofft, auch wenn manche Fragen für verschiedene Mitgliedstaaten sehr heikel seien. Er wünscht, dass sich das Potential des Seeverkehrs unter Einhaltung der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung ausbauen lässt.

Da es hier um eine weltweite Industrie geht, müssten die Entscheidungen bezüglich des Seeverkehrs auf globaler Ebene getroffen werden, aber die europäische Union müsse dabei eine zentrale Rolle spielen. Er möchte, dass sich der Seeverkehr nachhaltig entwickelt, so dass Europa auf diesem Gebiet eine führende Stellung aufrechterhalten kann.

Die Seeverkehrspolitik und der Vereinigungsprozess für das Mittelmeer können sich gegenseitig bereichern und sich integrieren. Er meint, die Mitteilung der Europäischen Kommission – die in Kürze veröffentlicht wird – werde ebenfalls zur „Union für das Mittelmeer“ beitragen.

Den Kontrollen im Mittelmeer werde eine besondere Beachtung geschenkt. Dazu gebe es ein Projekt der grenzüberschreitenden Überwachung, einen Vorschlag für ein Abkommen über die Überwachung auf See, und eine Ausschreibung von Projekten zur Untersuchung des Sektorpotentials.

Die europäische Kommission beschäftigt sich mit der Frage der fragilen Ökosysteme der Meere und möchte dass sie im Mittelmeerraum noch eingehender untersucht wird.

In bezug auf die Ostsee fügt er hinzu, dass der europäische Rat in seiner Sitzung von Dezember 2007 die Kommission dazu aufgefordert hat, bis spätestens 2009 eine neue Strategie für die Ostsee vorzulegen, damit diese gegebenenfalls unter der schwedischen Ratspräsidentschaft im Dezember 2009 verabschiedet werden kann. Die vorgeschlagenen Aktionen würden zum Beispiel die Beschäftigung, die Sicherheit im Seeverkehr, die Hochgeschwindigkeitsseewege oder den Lebensraum Meer betreffen. Er meint, daher werde sicherlich ein Grossteil der angesprochenen Fragen erwähnt werden.

Zu den Fragen der nördlichen Dimension und der Hochgeschwindigkeitsseewege schließlich bemerkt er, dass die europäische Kommission in Folge der Initiative zum sogenannten grünen Verkehr einen nachhaltigen und ökologischen Seeverkehr fördern möchte.

Frau Gunn Marit Helgesen (Telemark) weist darauf hin, dass die Regionen der Nordsee-Kommission der CRPM die bereits durchgeführten Initiativen anerkennen und sie auch berücksichtigen. Sie wünscht, dass die europäische Kommission noch effizientere Mechanismen vorschlägt, und lädt alle betreffende Parteien dazu ein, sich darin zu involvieren. Sie informiert Kommissar Joe Borg über die Existenz eines Projektes das den Status des Seeverkehrs genau definieren soll. Der sektorbezogene Ansatz spiele noch eine große Rolle und das Ziel des Projektes wäre nämlich gerade die Felder abzustecken, die bearbeitet werden sollen, sowie eine Governance zu definieren, die auch eine Kohärenz des Gesamten ermöglicht.

Sie hofft, dass die von der europäischen Kommission erwähnten Vorhaben schnell zu Ergebnissen führen werden. Sie betont wie wichtig die Herstellung von Verbindungen zwischen den Regionen sowie die Umsetzung eines koordinierten Governance-Ansatzes seien.

Sie fügt hinzu, dass eine genaue Kenntnis des Profils der Nordsee notwendig sei, und dass ein regionaler Ansatz grundsätzlich notwendig sei, wenn man sich den künftigen Herausforderungen stellen will. Schließlich betont sie wie wichtig ein optimistischer und ehrgeiziger Ansatz sein. Um diese ehrgeizigen Ziele zu verwirklichen, könne man zum Beispiel auf die Forschung und auf neue Techniken setzen.

Herr Yasar Yakis (MP Türkei) erwähnt die Frage der Überlastung der Wasserstraßen im Mittelmeer. Um in internationale Gewässer zu gelangen verfüge die Türkei nur über den einen Weg durch die warmen Meere. Der Bosphorus sei dermaßen befahren bzw. überlastet, dass die Schiffe zu bestimmten Zeiten überhaupt keine Durchfahrtserlaubnis mehr bekommen. Diese Engpässe bringen zahlreiche Probleme für die Menschen in der Region mit sich. Mehrere Projekte bieten eine Alternative zur Meerenge, wie etwa der Bau einer Pipeline die Anatolien mit anderen Regionen verbinden soll.

Herr Sahbi Karoui (Sousse) dankt Kommissar Joe Borg dafür, dass er in seinen Ausführungen das südliche Ufer des Mittelmeers beachtet hat. Dieser Raum sei ein idealer Boden für Initiativen der europäischen Union und auch Asien zeige großes Interesse. In Tunesien werde gerade ein Tiefwasserhafen gebaut, der die Verbindungen mit dem Suezkanal, sowie mit dem übrigen Afrika mit den damit verbundenen Möglichkeiten verbessern soll.

Der Seeverkehr biete Chancen sowohl für den Warentransport als auch für den Personenverkehr (Kreuzfahrttourismus zum Beispiel). Die Anrainerländer des Mittelmeers haben mehrere Reflexionsthemen in gemein, wie zum Beispiel die Fischerei oder die Umweltverschmutzung.

Herr Louis Le Penec (Bretagne) meint, die Verschrottung von Schiffen sei aufgrund ihrer sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen eine brutale Methode. Er fragt, ob die europäische Kommission mittlerweile dies als einzige Strukturmaßnahme zur Schonung der Fischereiresourcen betrachte.

Kommissar Joe Borg ist damit einverstanden, dass die Seeverkehrspolitik weiter entwickelt werden müsse. Dies ginge nur, wenn sich alle Regionen, die von einer integrierten gemeinsamen Seeverkehrspolitik betroffen sind, stark dafür einsetzen. Wenn diese Politik erkennbar sein soll, müsse einem ihre Wirkungsweise und ihre Integriertheit bewusst werden. Zwischen der europäischen Kommission, dem Rat und dem europäischen Parlament wurde vereinbart, einen Tag der Seeverkehrspolitik zu veranstalten, voraussichtlich gegen den 20. Mai. Er fordert die Regionen dazu auf, sich in diese Initiative einzubringen.

Er habe Verständnis für die Probleme mit dem Schiffsverkehr am Bosphorus. Die Seeverkehrspolitik müsse sich auf die Synergien im Schwarzen Meer stützen können, und die europäische Kommission möchte mit den Akteuren in diesem Teil Europas zusammenarbeiten. Er erwähnt die Bildung eines Forums, damit die Beteiligten über sämtliche Probleme des Schwarzen Meeres diskutieren können.

Er betont die Notwendigkeit, das Augenmerk auf die Belange der Seeverkehrspolitik im Süden Europas zu richten, die Umweltaspekte im Mittelmeerbecken mit anderen Dimensionen zu verknüpfen und neue Governance-Werkzeuge zu schaffen. Dies setze ein stärkeres Engagement im Mittelmeerbecken voraus.

Zum Problem der Verschrottung von Schiffen erinnert er daran, dass der europäische Rat noch vor dem Sommer Maßnahmen getroffen hat, um die Fischereiindustrie bei ihrer Umstrukturierung und bei dem Umgang mit den gestiegenen Kraftstoffpreisen zu helfen. Bei der Umstrukturierung gehe es nicht allein um die Verschrottung, sondern auch um die Bruttoregistertonnen und um die Sicherheit der Schiffe.

Die europäische Kommission führe Gespräche darüber, wie man die Fischerei mit ihren sozialen und ökologischen Implikationen nachhaltig gestalten kann. Die Fischer würden selber unter den ökologischen Auswirkungen der Fischerei leiden und die Überkapazitäten müssten im Sinne der langfristigen Bewirtschaftung der Ressourcen abgebaut werden.

Die Frage sei, wie diese Umstrukturierung angegangen werden soll, etwa durch den Ausbau von anderen gewerblichen Tätigkeiten an den Küsten. Als Beispiel führt er die vom Energiepotential der Meere und vom Tourismus gebotenen Möglichkeiten an.

Herr Leslie Angus (Shetland) verweist auf die massive Hilfe der Mitgliedstaaten für den Finanzsektor und fragt ob Initiativen geplant sind, um die Regelungen bezüglich der staatlichen Beihilfen für den

Fischereisektor anzupassen. Er fragt auch, ob Investitionen zur Sicherung der Zukunft der Fischerei in den äußersten Randgebieten in Aussicht stehen.

Herr Gérard Bodinier (Provence-Alpes-Côte d'Azur) meldet sich im Namen der Gruppe Seeverkehrspolitik der intermediterranen Kommission der CRPM zu Wort. Die europäische Seeverkehrspolitik solle die Besonderheiten des Mittelmeers anerkennen. Damit sei das Konzept der regionalen Meeresbecken angesprochen. Er fügt hinzu, die europäische Seeverkehrspolitik werde durch die Einrichtung einer Governance auf Meeresbecken-Ebene gestärkt. Mit dem Barcelona-Prozess und der „Union für das Mittelmeer“ müsse der europäischen Seeverkehrspolitik im Mittelmeer eine neue Dimension verliehen werden.

Die Regionen der intermediterranen Kommission der CRPM seien der Ansicht, die Ausarbeitung einer mediterranen Seeverkehrspolitik setze unter anderem voraus, dass die Kompetenzgebiete der Anrainerstaaten über die Hoheitsgewässer hinaus ausgeweitet werden, zum Beispiel zur Einrichtung von ökologisch geschützten Zonen. Diese Regionen fordern die Anrainerstaaten dazu auf, sich Gedanken über einen spezifischen Rechtsstatus für das Mittelmeer, mit entsprechenden Befugnissen und Mitteln zu machen; Sie betrachten die aktuellen Werkzeuge als unzureichend und nicht angemessen, sowohl in euro-mediterraner Hinsicht als hinsichtlich des Aktionsplans für das Mittelmeer. Sie meinen, allein durch eine neue Governance des Mittelmeerraumes mit einer neuen engen Zusammenarbeit zwischen der internationalen, regionalen und lokalen Ebene seien angemessene Lösungen zu finden.

Er verlangt, dass die Seeverkehrspolitik und die Vorhaben der Union für das Mittelmeer aufeinander abgestimmt werden und wünscht, dass die mediterranen Regionen die Möglichkeit bekommen, daran beteiligt zu werden. Auf welche Weise sollen sich die Drittstaaten unter den Mittelmeeranrainern und die internationalen Organisationen für die Umsetzung der mediterranen Seeverkehrspolitik untereinander absprechen? Und schließlich wie beabsichtigt die europäische Kommission die Frage der Gestaltung und Regelung der gewerblichen Tätigkeiten in den internationalen Gewässern des Mittelmeers anzugehen?

Herr Ulrich Bohner (Kongress der Gemeinden und Regionen Europas) berichtet, dass der Europarat Regionen aus fünf Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres empfangen hat. Es sei sehr wichtig, dass die europäische Union sich noch weiter für diese schwierige Zone Europas mobilisiert. Für ihn bestehe die Hoffnung, dass die „Euroregion“ mit Herrn Constantinesco als Vorsitzenden eine weitreichende Zusammenarbeit mit dem von Kommissar Joe Borg erwähnten Forum ermöglicht. Er unterstreicht die hervorragende Zusammenarbeit mit der Kommission Balkan/Schwarzes Meer der CRPM.

Ein Vertreter aus der Insel Martinique weist darauf hin, dass Regionen wie Martinique und Guadeloupe keine Schiffe zu verschrotten haben. Die Karibik sei ein Gebiet mit Wirbelsturm- und Vulkanrisiko, das über beträchtliche Hochseeressourcen verfüge. Die Flotte konnte nicht modernisiert werden und die kleingewerblich betriebene Fischerei hat nur wenig Auswirkungen auf die Ressourcen. Für die Küstenstreifen gäbe es eine Raumplanungspolitik, obwohl hier deutlich mehr als für den lokalen Bedarf produziert wird. Er bedauert, dass die europäische Union keine Modernisierung zulasse, wo sie doch dabei sei, Drittländern mehr Unterstützung zu gewähren. Er möchte, dass die Abgelegtheit und die besonderen Merkmale dieser Gebiete berücksichtigt werden.

Kommissar Joe Borg kommt auf die Frage der staatlichen Beihilfen im Fischereisektor zurück. Er unterstreicht, dass die Krise im Finanzsektor als Ausnahmesituation zu betrachten sei und kein Hindernis darstelle. Der Finanzsektor sei mit dem Fischereisektor nicht vergleichbar. Bei den Finanzen wurden die Wettbewerbsregeln nicht aufgehoben, auch wenn eine maximale Flexibilität angestrebt werde.

Bei den Regelungen zu den staatlichen Beihilfen könnten Abgeschlossenheit und Entfernung eines Gebiets berücksichtigt werden. Allerdings müsse die Situation neu bewertet werden, um zu prüfen ob bestimmte Weiterentwicklungen relevant sind und eine Sonderbehandlung für die entlegenen Regionen sinnvoll ist.

Bei ihrer spezifischen Analyse der einzelnen Fragen - unter anderem die Fragen der Governance - gehe die Kommission auf die Eigenarten der Ostsee, des Mittelmeers oder des Schwarzen Meeres ein. Zu unterscheiden seien manchmal auch die Probleme im Osten und im West des Mittelmeers. Bestimmte Bereiche, wie der Thunfischfang zum Beispiel, hätten ihre eigenständigen Instrumente und verfügten gegebenenfalls über eine eigene Governance. Hier werde man neue Werkzeuge einrichten und nicht-öffentliche Akteure heranziehen müssen.

Für die Fischerei im Mittelmeer wurde ein beratender Ausschuss gegründet. Vergangenen Juli seien auch Leitlinien für die Governance verabschiedet worden. Er erwartet, dass man zu diesen Leitlinien zurückkehre und sie an die einzelnen Küstenregionen anpasse.

Die Schaffung der Euroregion für das Schwarze Meer sei willkommen, und die EU habe darin Mitspracherecht. Er erwähnt auch, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei das Interesse für das Schwarze Meer verstärke.

Er verstehe die Lage von Martinique, und weist darauf hin, dass den ultraperipheren Regionen eine Ausnahmegenehmigung zur Modernisierung erteilt worden sei, Modernisierung aber nicht zwangsweise mit dem Bau neuer Schiffe gleichzustellen sei. Nach 2010 würden für den Bau neuer Schiffe keine Beihilfen mehr gewährt, aber immer noch für Modernisierungen an den Schiffen und an den Bautechniken. Dass die Ressourcen nicht gefährdet seien, sei ein sehr wichtiger Aspekt, deshalb müsse auch darauf geachtet werden, dies nicht durch zu viele neue Schiffe zu ändern.

Er fügt hinzu, mit einer verstärkten Nachfrage nach Fisch sollten bessere Preise erzielt werden.

Abschließend bemerkt er, dass die Unterstützung durch den Europäischen Fischereifonds zum Teil in Form von Modernisierungsmaßnahmen, aber nicht für den Bau von neuen Schiffen vorgesehen sei. Allerdings stehe es jedem Schiffsbauunternehmer frei, eigene Mittel dafür zu verwenden. Es werde immer möglich sein, in neue Techniken zu investieren.

Herr Jean-Yves Le Drian dankt **Kommissar Joe Borg** und unterstreicht die Vielfalt und die Bedeutung der Beiträge.

SESSION 3: DIE ZUKUNFT DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK UND DEREN AUSWIRKUNGEN AUF DIE WIRTSCHAFT UNSERER REGIONEN

Herr Claudio Martini ist der Ansicht, die GAP sei wegen ihrer Bedeutung für die Wirtschaft der Regionen und für den europäischen Haushalt eine grundlegende Frage. Die Debatte darüber dient zur Vorbereitung des in Nantes voraussichtlich am 23. Oktober 2008 stattfindenden Seminars, an dem die Regionen, die europäischen Institutionen und die französische Ratspräsidentschaft teilnehmen werden.

Herr Alain Rousset dankt der Arbeitsgruppe Landwirtschaft und ihrer Vorsitzenden, Frau Béatrice Gendreau. Im Laufe der vergangenen Jahre sei die GAP aufgrund der Schwankungen der Agrarpreise auf dem globalen Nahrungsmittelmarkt, der geltenden Standards, der Umweltproblematik, des Aufkommens der Biokraftstoffe und der Haushaltverhandlungen innerhalb der europäischen Union unter starken Druck geraten.

Er hebt zwei wichtige Fragestellungen hervor:

- Möchten wir eine Gemeinsame Agrar- oder eine Gemeinsame Nahrungsmittelpolitik?
- Wollen wir vor dem Hintergrund der Globalisierung eine starke Agrarpolitik oder werden wir das Eingreifen der Europäischen Union zurückschrauben und uns dem Markt überlassen?

Er betont, die europäische Agrarwelt werde sich vielseitiger gestalten müssen, um sich der Globalisierung und der nachhaltigen Entwicklung zu stellen. Er fügt hinzu, daher gäbe es in Europa Raum für zwei unterschiedliche und sich ergänzende Arten der Landwirtschaft, nämlich für:

- Eine globalisierte und wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die ein hohes Maß an Technik und Innovation erfordert. Diese Landwirtschaft kann sich aufrechterhalten, auch wenn sie bei der Anpassung an Gesundheits- und Umweltauflagen Unterstützung braucht;
- Eine territorialisierte Mehrzweck-Landwirtschaft, die sich mehr auf ihre Qualität und ihre Besonderheit als auf ihre Produktionskapazität stützt, die fähig ist, sich in das Gebietsmanagement einzufügen, weitere parallel laufende Aktivitäten wie Tourismus hervorzubringen und einen Ausgleich zur Ökonomie des Wohnraumes zu schaffen.

Das europäische Agrarmodell müsse vielseitiger werden und für das gleichzeitige Vorkommen dieser zwei Varianten sorgen, um die Innovation und die Wertschöpfung zu begünstigen. Dies setzt voraus, dass die europäischen Finanzierungen einerseits innerhalb der ersten Säule – die zu modulieren sind, um die Entwicklung der gebietsbezogenen Landwirtschaft zu ermöglichen – und andererseits im Verhältnis zwischen der ersten und der zweiten Säule in Frage gestellt werden.

Die Regionen werden sowohl in den Verhandlungen über die Prioritäten der gemeinsamen Agrarpolitik als auch in der Implementierung einer Landwirtschaft als Trägerin der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion eine wichtige Rolle übernehmen. Die Regionen sind entscheidend für den Agrarbereich und das regionale Modell ist dazu bestimmt, sich in Europa durchzusetzen. Die GAP müsse an ihrer Bestimmung festhalten, nämlich die Nahrungsmittelversorgung, und die nachhaltige Landwirtschaft sowie den biologischen Anbau fördern.

Die Regionen fordern die Schaffung einer wirklichen Partnerschaft mit den Staaten und den Vertretern der Agrarwelt. Sie müssen den Kern einer Partnerschaft für die Governance der Beihilfen aus der ersten Säule – für mehr Effizienz und mehr Demokratie - bilden und werden die Verwaltung der gesamten zweiten Säule übernehmen müssen.

Debatte

Ein schwedischer Vertreter bedankt sich bei der Arbeitsgruppe Landwirtschaft. Die GAP werde die verschiedenen Probleme, die sich heute für die Landwirtschaft ergeben, berücksichtigen müssen. Die Reform der GAP erweise sich als schwierig, angesichts der großen Unterschiede zwischen den Regionen und den großen ökologischen Herausforderungen auf territorialer Ebene. In der Abschlusserklärung über die Zukunft der GAP werden Grundsätze dargelegt, aus denen sich die GAP inspirieren sollte. Diese sollte eine nachhaltigere Nutzung der Ressourcen ermöglichen und deren Reform sollte nicht mit nutzlosen Erinnerungen sondern mit einer Zukunftsvision verbunden sein.

Ein britischer Vertreter vertritt die Ansicht, dass die landwirtschaftlichen Wirklichkeiten in Großbritannien und in Frankreich stark voneinander abweichen, aber dass es auch Gemeinsamkeiten gebe, wie zum Beispiel das Vorkommen kleiner Betriebe. Die Maßnahmen der GAP sollten sich auf die benachteiligten Regionen konzentrieren.

Ein finnischer Vertreter erinnert daran, dass die Mitgliedstaaten bei den Agrarpolitiken mit ihren verschiedenen Hintergründen und Leitlinien voneinander abweichen. Beispielsweise liege es doch klar auf der Hand, dass die GAP die natürlichen Nachteile in den Randgebieten anerkennen muss, und dass die Produktionsmengen und Preisschwankungen je nach Region variieren. Die Landwirte der nördlichen Randgebiete können nicht gegen Landwirte aus Regionen mit günstigen Verhältnissen konkurrieren.

Herr Claudio Martini meint es sei notwendig, dass die Regionen der CRPM zu einer gemeinsamen Stellungnahme gelangen, ohne sich darauf zu beschränken, die nationalen Unterschiede aufzuzeigen. Die GAP müsse wirksamer sein. Sie solle weder abgeschafft noch auf ein Preis- bzw. ein Marktproblem reduziert werden. Die Landwirtschaft erfülle mehrere Zwecke, und schließe verschiedene Dimensionen in sich ein, zum Beispiel in Verbindung mit der Umwelt, dem Wasser, der Erhaltung der Landschaften oder dem Tourismus. Die Region Toskana möchte, dass die erste Säule neu dimensioniert und in die zweite Säule investiert wird.

Bei all diesen Anliegen könne die politische Synthese nicht von den Märkten hervorgebracht werden, sondern durch eine politische Entscheidung. Er respektiere sämtliche Ansichten zu diesem Thema. Allerdings müsse die Botschaft an Europa klar und ausgewogen sein. Sie müsse den Willen zeigen, die GAP zu überarbeiten, ohne sie aufzugeben.

Herr Massimo Francesco Rocchitta (Sardinien) äußert die Meinung, die GAP solle die Steigerung der europäischen Produktion unterstützen. Ebenfalls sei zu vermeiden, dass die europäische Produktion nicht mehr in Verbindung mit den Gebieten steht. Er wünscht auch, dass die Beihilfen sich auf die Zonen konzentrieren, die es am nötigsten haben.

Herr John Dyke (Somerset) meint, die bereits am meisten begünstigten Landwirte bräuchten nicht noch weiter unterstützt zu werden. Es sollte mehr auf Besonderheiten geachtet werden, etwa auf der Grundlage des Artikels 69, der sich auf die am stärksten benachteiligten Regionen bezieht.

Ein schwedischer Vertreter möchte dass die Frage der erneuerbaren Energien in die Debatte aufgenommen wird. Die Diskussion sollte sich mehr mit der Festlegung von gemeinsamen Regeln für die Landwirtschaft als mit dem Prinzip einer gemeinsamen Politik befassen.

Ein Vertreter von Västra Götaland meint, die Aufgabe der Landwirtschaft bestehe nicht nur darin, Nahrungsmittel zu erzeugen, und auch deshalb müsse die GAP revidiert werden.

Frau Béatrice Gendreau (Aquitanien) betrachtet die Revision der GAP als eine grundlegende Frage für die Zukunft der Regionen. Trotz der Vielfalt in der Landwirtschaft gäbe es gemeinsame Anliegen wie Umweltschutz und Marktregulierung.

Zum Thema Regionalisierung meint sie, mit der Durchsetzung der Regionalisierung könnten die Produktionsreserven gesteigert und den am stärksten benachteiligten Zonen wie Bergregionen besser geholfen werden.

Herr Alain Rousset informiert darüber, dass die Region Aquitanien die Arbeit der Gruppe Landwirtschaft nicht weiter moderieren wird, und bittet andere Regionen, sie abzulösen. Die Diskussion über die Landwirtschaft solle sich nicht auf die Fragen der Erzeugung und der Regulierung der Märkte beschränken.

Darüber hinaus könne die Aufrechterhaltung von Aktivitäten in den ländlichen Zonen nicht einfach durch Bewilligung von Renten für die Landwirte erreicht werden. Die ländlichen Gegenden müssen lebendig sein und es müsse ein Gleichgewicht zwischen Produktions- und Wohnraum gefunden werden. Beim Transport von Agrarerzeugnissen wird sich die Energiekrise spürbar machen und der Anstieg der Kraftstoffpreise und die Vergütung der Landwirte bleiben zentrale Punkte der Debatte.

Schließlich weist er noch einmal auf die Bedeutung der Regionalisierung der Beihilfen aus der ersten Säule der GAP hin.

Herr Humphrey Temperley wünscht auch eine Unterstützung für weitere Regionen.

Herr Jorma Pitkälä hebt hervor, dass die Regulierungsinstrumente in den letzten Jahren manchmal auch geschadet haben.

SESSION 4: DER PLATZ DER REGIONEN IM «ENERGIE/KLIMA-PAKET» DER EUROPÄISCHEN UNION

Herr Kevan LIM (East of England Regional Assembly) beglückwünscht die CRPM für ihre Reaktionsfähigkeit. Die europäische Strategie müsse auf den Ausbau neuer Energiequellen zielen, denn die europäische Union könne nicht von der vermehrten Nutzung fossiler Brennstoffe abhängig sein. Unter den gegebenen Umständen müssten die Forschung und die Entwicklung neuer Techniken gefördert werden. Zudem sollen die europäischen Politiken für Investitionen in die entsprechenden Unternehmen sorgen, um die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Techniken zur Energieeinsparung zu begünstigen. Schließlich erwähnt er noch einige Widersprüche in den Entwürfen von Richtlinien, wie etwa beim Ausbau der Biomasse- und Kraftstoff-Erzeugung.

Herr Jean-Didier Hache (Inselkommission der CRPM) erinnert an die folgenden Ziele der europäischen Union:

- Den durchschnittlichen Temperaturanstieg unter 2 Grad Celsius zu halten;
- Die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 20% zu verringern;
- Den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf 20% zu bringen;
- Den Energieverbrauch um 20% herabzusetzen.

Er zählt vier Richtlinien auf, die zur Verwirklichung der besagten Ziele beitragen:

- Förderung erneuerbarer Energien;
- Geologische Speicherung von CO₂;
- Verbesserung und Erweiterung des Systems zum Austausch von Emissionsrechten in der Gemeinschaft;
- Verringerung der Treibhausgasemissionen.

Er weist darauf hin, dass diese Texte starke Auswirkungen auf die Rand- und Küstengebiete haben werden, und dass die Arbeitsgruppe innerhalb kürzester Zeit reagieren musste.

Zur geologischen Speicherung des Kohlendioxids werde gerade ein gesetzlicher Rahmen abgesteckt, eine Aufgabe die das europäische Parlament stark in Anspruch nimmt. Die CRPM habe diesbezüglich mehrere

Wünsche geäußert, wie zum Beispiel die Analyse der Folgen des Klimawandels für die Küstenzonen und die Mitwirkung der Regionalbehörden bei den Prozessen, die hier in Gang gesetzt werden.

Zu den erneuerbaren Energien habe es eine sehr intensive politische Debatte gegeben, dabei seien Hunderte von Änderungsanträgen beim europäischen Parlament eingereicht worden. Er bedankt sich bei Herrn Alyn Smith, Europaabgeordneter der Gruppe „Die Grünen/Freie Europäische Allianz“, für dessen Tätigwerden. Es gäbe ein allgemeines Abkommen über die Steigerung der Produktion von Biokraftstoffen, die vor allem mit Hilfe der aufstrebenden Wirtschaftsmächte erreicht werden soll. Das europäische Parlament habe allerdings den Anteil der Biokraftstoffe heruntergesetzt, das heißt ein großer Teil der erneuerbaren Energien müsse aus anderen Quellen gedeckt werden. Die Erzeugung von Biokraftstoffen und die Nahrungsmittelproduktion sollten nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Einige Parlamentarier hätten auch auf die wichtige Rolle der Forstwirtschaft und der Wiederaufforstung hingewiesen.

Bei dem Bescheinigungssystem für die Herkunft von Biokraftstoffen bestehe das Risiko, dass manche Staaten diese Bescheinigungen erwerben, anstatt die Erzeugung von Biokraftstoffen auf eigenem Boden zu fördern. Die CRPM habe dabei geholfen, einen Änderungsantrag durchzusetzen, wodurch die Mitgliedstaaten nun gezwungen sind, Biokraftstoffe zu produzieren und die weiteren Schritte für deren Nutzung zu fördern, unter anderem die Vermarktung. Erfolgreich sei sie auch mit der Erweiterung der Befugnisse der europäischen Kommission gewesen. Diese kontrolliert nun, ob die Vorschriften zur Nicht-Diskriminierung der Randgebiete bei der Preisgestaltung und der Versorgung mit erneuerbaren Energien eingehalten werden.

Durch einen weiteren, von der Gruppe „Die Grünen/Frei europäische Allianz“ eingereichten Vorschlag wurde eine größere Flexibilität bei den Auflagen erreicht, bei Fällen in denen diese in Konflikt mit dem Bau von Infrastrukturen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien geraten. Die Rolle der Regionalbehörden sei auch verstärkt worden.

Er macht auf die Bestimmungen aufmerksam, die darauf abzielen, den Küstenregionen Anreize für die Produktion von erneuerbaren Energien zu geben, zum Beispiel mit Windkraftanlagen, und auch auf die Bestimmungen, die mit einem integrierten Ansatz einhergehen, wie im Falle der Meeresenergie in bestimmten Zonen wie die Ost- und die Nordsee.

Er sei froh darüber, dass sämtliche Vorschläge der CRPM zum jetzigen Zeitpunkt angenommen wurden.

Er spricht auch die Richtlinie über die Reduzierung der Treibhausgase sowie die zur Verbesserung des Zertifizierungssystems an. 2005 stellte sich die Frage, bei welchen Betrieben dieses System Anwendung finden konnte, und es wurde auf mehrere Sektoren, darunter der See- und der Luftverkehr ausgedehnt. Mittlerweile werden zunächst den Mitgliedstaaten, dann den Betrieben Emissionsquoten zugeteilt. Manche von ihnen werden mit der Gefahr einer Auslagerung argumentieren und darauf hinweisen, dass es dabei um enorme Summen geht. Die CRPM hat verlangt, dass ein Teil der betreffenden Gelder, von denen 55% an Entwicklungsländer und 45% an die europäische Union gehen würden, gezielt zur Unterstützung von Regionen mit demographischen und durch eine Randlage bedingten Defiziten verwendet werden. Die Debatte werde noch langwierig sein, und zahlreiche mächtige Akteure involvieren. Jedwede zusätzliche Unterstützung zur Knüpfung von Kontakten im europäischen Parlament sei nützlich. Aufgrund der sehr knappen Bearbeitungsfrist bei diesem Dossier ist es wichtig, dass alle Regionen der CRPM bei der Arbeitsgruppe Energie mitwirken und dass alle geographische Kommissionen darin vertreten sind. Die Regionen werden zur Teilnahme am Seminar in Aberdeen (13./14. November 2008) eingeladen.

Den Mitgliedregionen werde noch vor Ende des Jahres ein Fragebogen zugeschickt, bei dem sie die Themen angeben sollen, mit denen sich die CRPM im Rahmen des Pakets besonders beschäftigen soll. Die Ergebnisse aus dieser Umfrage werden dem politischen Vorstand vorgelegt.

Herr François Desrentes (CRPM) erinnert daran, dass die europäische Kommission vor Ende des Jahres 2008 ein mit dem Paket Energie & Klima verknüpftes Weißbuch über die Anpassung an den Klimawandel veröffentlichen wird. Die CRPM müsse sich darauf vorbereiten, auf dieses Paket zu antworten, und Kooperationsprojekte aufzubauen, die zur Bestimmung von *good practices* auf territorialer Ebene dienen sollen. Sie müsse auch in der Lage sein, ihre Vorschläge zu den ganzen Vorschriften, die in den einzelnen Bereichen wie Kohäsion, Energie, Forschung, Meer, usw. ausgearbeitet wurden, zu formulieren.

Die CRPM meint, hier müsse eine formelle Arbeitsgruppe gegründet werden und alle übrigen Arbeitsgruppen sowie die geographischen Kommissionen werden zu einer Stellungnahme in dieser Frage aufgefordert werden.

Diese Frage besitze auch eine globale Dimension, und seit 2004 sei die CRPM Mitglied im Netzwerk nrg4SD. Die CRPM werde hier ihre Vorschläge für den Zeitraum nach Kyoto erörtern müssen. Mit der Unterstützung der CRPM veranstalten die Region Bretagne und das Netzwerk nrg4SD zwei Reflexionstage über den Klimawandel, und zwar in Saint-Malo (FR), am 29. und 30. Oktober 2008.

Debatte

Alex MacDonald (Western Isles) ist froh über die durchgeführte Lobbyarbeit. Er fragt, wer die Kosten für den Erwerb der Zertifikate tragen werden müsse und welche Folgen diese Zertifikate für die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen sowie auf die Transportkosten und die peripheren Regionen haben werden.

Ein Vertreter der Türkei fragt, ob bei den geplanten Maßnahmen zum Schutz gegen die Klimaerwärmung die Unterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländer berücksichtigt werden. Die Türkei befinde sich leider auf der Liste der industrialisierten Länder, und dies hänge nicht so sehr mit ihrer CO₂-Produktion, sondern mit anderen Gründen zusammen.

Er fragt, ob es möglich sein könnte, die Energieerzeugung auf die erneuerbaren Quellen zu verlagern, so dass die fortgeschrittenen Länder einen Vorteil erhalten könnten. Er spricht auch nachdrücklich über die Problematik der Auslagerungen in Länder, die weniger CO₂ produzieren. Er bittet um Berücksichtigung dieser Betrachtungen in der Stellungnahme des politischen Vorstandes.

Herr Kevan Lim: Das Ziel der 20% werde je nach Staat anders gewichtet, zum Beispiel werde es im Vereinigten Königreich niedriger ausfallen als in den skandinavischen Ländern. Die heutige Umweltbelastung sei auf die Politik der am meisten entwickelten europäischen Länder zurückzuführen, und auch wenn China eine wichtige Komponente in der künftigen nachhaltigen Entwicklung sei, trage es nicht die Verantwortung für das, was in der Vergangenheit gemacht wurde.

Herr François Desrentes: Bei den aktuellen Diskussionen gehe es um Stellungnahmen zum Zeitraum nach Kyoto. Die europäische Union habe Vorschläge zur nachhaltigen Entwicklung in den Entwicklungsländern formuliert und paradoxerweise würden die aktuellen Auflagen am meisten auf den Ländern lasten, die am wenigsten zur Klimaerwärmung beigetragen haben. Die europäische Union habe Weiterentwicklungen zu ihren eigenen Politiken vorgeschlagen.

Herr Erik Bergkvist (Västerbotten): In der Stellungnahme des Politischen Vorstandes gäbe es einen Widerspruch, wenn auf der einen Seite der Anbau von Biokraftstoffe gefördert werden soll und auf der anderen die Sorge geäußert wird, dass große Anbaugelände nicht mehr für die Erzeugung von Nahrung genutzt werden. Sich ausschließlich für die Regionen mit dauerhaften Nachteilen einzusetzen, berge auch ein Risiko.

Herr Michel Lebrun (Ausschuss der Regionen): Die Verringerung der fossilen Energien werde sich sehr stark auf das Produktionssystem auswirken. In Zukunft werde ein vergleichbares Phänomen zu beobachten sein wie heute im Finanzsystem. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte die Bitte ans Herz gelegt werden, ihre Gewohnheiten zu ändern, aber er fürchte dass sie noch nicht dazu bereit seien. Es gäbe allerdings Ausnahmen wie die Schweiz, die ihre Absicht erklärt hat, bis 2020 nicht mehr von den fossilen Energieträgern abhängig zu sein. Die Regionen sollten ihre jeweilige Bevölkerung zu dieser Frage sensibilisieren.

Herr Poul Müller (Midtjylland): Der Klimawandel habe sehr starke Auswirkungen auf die Ostsee, vor allem im Bereich Energieversorgung. Allerdings würden durch das Phänomen des Klimawandels auch Gelegenheiten geboten werden. So hat sich zum Beispiel die Region Midtjylland das Ziel gesetzt, bis im Jahre 2025 50% der Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, wobei der auf nationaler Ebene festgelegte Anteil bei 30% liege. Dieses Ziel werde unter anderem durch die Förderung von innovativen Produkten und Verfahren erreicht; im Hinblick darauf wurde eine Stiftung für innovative Betriebe gegründet. Auf dem Gebiet der Nutzung der erneuerbaren Energien gehöre Dänemark zur Avantgarde.

Herr Kevan Lim: Dass die Europäer auf Biokraftstoffe der ersten Generation setzen, lasse sich unter anderem durch den Wunsch erklären, den USA gegenüber selbständig zu sein. Die europäischen Bevölkerungen müssten ihre Gewohnheiten in Sachen Energieverbrauch ändern.

Herr Jean-Didier Hache: Die Textvorlage betone, wie wichtig eine Änderung der Gewohnheiten der europäischen Bürger ist, und führe das Beispiel der Insel SAMSO an.

Als Reaktion auf die Ausführungen von Herrn Michel Lebrun weist **Herr François Desrentes** darauf hin, dass die in der Schweiz durchgeführten Aktionen zur Begrenzung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in den Regionen bereits weitgehend umgesetzt werden (zum Beispiel auf der Insel Réunion). Der Generaldirektion Regionalpolitik der europäischen Kommission wurde bewusst, wie viele Initiativen auf Regionalebene ergriffen werden, auch wenn es bei diesen Initiativen an Koordinierung und Unterstützung fehlt.

Herr Len Scoullar (Argyll & Bute): Die Inseln zeigen großes Interesse für den Artikel 5.2 in bezug auf den Wegfall der großen Stromkraftwerke. Die kleinen Inseln seien auch sehr am Ausbau alternativer Energien interessiert, aber konkrete Aktionen möchten sie gemeinsam mit größeren Regionen angehen.

Herr Jean-Didier Hache: Spezifische Gebiete wie die Inseln befinden sich in einer sehr schwierigen Lage. Die Vernetzung der einzelnen Mitgliedstaaten durch die transeuropäischen Energienetze sei nicht ausreichend und man könne keine Mittel bekommen, um sie zügig auszubauen. Es sei also notwendig, die ländlichen und peripheren Zonen zu entwickeln, und dazu müssten neuen Finanzierungen vorgeschlagen werden.

Herr Kevan Lim: Die Arbeitsgruppe habe Außergewöhnliches geleistet und es müsse nun dafür gesorgt werden, dass ihre Ergebnisse in der endgültigen Fassung der europäischen Richtlinie berücksichtigt werden. Um die Erzeugung von erneuerbarer Energie zu steigern, müssen sich die Bürger engagieren, und dies setze einen Wandel in ihrem Verhalten voraus. Die Regionen werden dazu aufgefordert, sich der Arbeitsgruppe Energie anzuschließen, und die Beziehungen zu den in diesem Bereich tätigen europäischen Parlamentariern müssten verstärkt werden.

Herr Claudio Martini: Aus der Reflexionsarbeit der Gruppe Energie gehe das Bestreben der CRPM hervor, den peripheren Küstengebieten die Chance für eine gute Entwicklung zu geben. Hier müsse ein vielseitiger Ansatz gewählt werden, der auf neue Aktivitäten wie erneuerbare Energie, Forschung usw. ...setzt.

WAHLEN ZUM POLITISCHEN VORSTAND DER CRPM

Nachdem der Generalsekretär dazu aufgerufen hat, schlägt jede nationale Delegation und jede geographische Kommission ihre ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder für den Politischen Vorstand vor. Die Kandidaten werden einstimmig von der Hauptversammlung angenommen.

[S. Verzeichnis im Anhang](#)

SITZUNG DES POLITISCHEN VORSTANDES DER CRPM

Herr Xavier Gizard erklärt, dass die Zustimmung zum Protokoll der Vorstandssitzung in Rhodos im vergangenen Juni auf die Vorstandssitzung von Januar 2009 vertagt wird.

1. Wahl des Präsidenten und des Vorstandes der CRPM

Herr Xavier Gizard informiert den politischen Vorstand dass eine einzige Kandidatur eingegangen ist. Er bittet also die Mitglieder sich über die Kandidatur von **Claudio Martini** zu äußern. Dieser wird einstimmig gewählt.

Herr Claudio Martini dankt den Mitgliedern des Politischen Vorstandes für das Vertrauen, das ihm erneut entgegen gebracht wurde. Er beteuert, wie wichtig Teamarbeit sei, unter anderem mit den Vizepräsidenten, und unterstreicht, dass es im kommenden Zeitraum wichtige Veränderungen im Leben der Organisation geben werde. 2010 werde sich alles ändern, denn es werde einen neuen Präsidenten und einen neuen Generalsekretär geben. Er fordert also die Vorsitzenden der Mitgliedregionen dazu auf, sich während dieser

Periode persönlich zu engagieren. Er schließt ab, indem er noch einmal die Bedeutung des Dialogs und der gemeinsamen Arbeit erwähnt.

Wahl der Vize-Präsidenten – Folgende Namen werden dem Politischen Vorstand vorgeschlagen:

Erste Vize-Präsidentin : **Frau Gunn Marit Helgesen (Telemark, NO);**
Vize-Präsidenten/-in: **Herr Charalambos Kokkinos (Notio Aigaio, GR);**
Herr Ramón Luis Valcarcel Siso (Murcia, ES);
Frau Giovanna Debono (Gozo, MT);
Herr Kevan Lim (East of England Regional Assembly, UK).

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

2. Finanzielle Entscheidungen: Zustimmung zum Haushaltsplan 2009 und finanzielle Situation im laufenden Jahr

Herr Yves Morvan (Vorsitzender des Verwaltungsrates) legt die Konten vor:

- Stand der Ausführung des Budgets 2008, zur Information;
- Haushaltsplan 2009 zu Bewilligung vor der Abstimmung in der Hauptversammlung.

Zum Haushaltsplan 2009 erklärt Präsident Morvan dass es sich um eine Verlängerung des Jahreshaushalts in einer Gesamthöhe von € 2,146 Millionen handelt, mit einer Beitragserhöhung von 3,7%, die der von Eurostat berechneten Inflationsrate in der EU 27 entspricht.

Was die Ausgaben betrifft, seien keine wesentlichen Änderungen im Vergleich zu den früheren Jahren zu verzeichnen; lediglich die Personal- und die Reisekosten seien leicht angestiegen, die Betriebsausgaben seien stabil.

Herr Yves Morvan erinnert daran, dass mit dem Gesamtbudget der CRPM auch die Budgets der geographischen Kommissionen und bestimmter Netzwerke teilweise mitgetragen werden. Das Budget des FOGAR und das des nrg4SD sei gesondert aufgeführt und werde aus freiwilligen Beiträgen bestimmter Regionen oder Netzwerke von Regionen finanziert.

Insgesamt weise der Haushaltsplan 2009 ein leichtes Defizit von 26.000 € auf.

Debatte

Herr Kevan Lim bedankt sich bei Präsident Morvan dafür, dass dieser das Budget des FOGAR aus dem Gesamthaushalt ausgeklammert hat. Er sei froh darüber, dass die kumulierten Ausgaben des FOGAR und des nrg4SD reduziert worden sind, aber betont, dass dies nur durch eine entsprechende Kürzung des Arbeitsaufwandes für die Instanzen akzeptabel sein wird.

Herr Xavier Gizard erklärt, dass für diese Nebenbudgets nach Finanzierungen von außerhalb gesucht werde.

Herr Yves Morvan erklärt, man bemühe sich darum, dass die effektiven Zahlen so genau wie möglich mit denen aus dem Plan übereinstimmen sollten.

Präsident Claudio Martini lässt über den Haushaltsplan 2009 abstimmen. Der Vorstand ist einstimmig dafür, ihn zur Abstimmung der Hauptversammlung vorzulegen.

3. Verabschiedung der Abschlusserklärung und der Beschlüsse

Herr Philippe Cichowlaz (Intermediterrane Kommission der CRPM), zuständig für die Arbeitsgruppe Beschlüsse, legt die Änderungsanträge zur Abschlusserklärung und zu den Beschlüssen vor.

Frau Christel Liljeström (Itä-Uusimaa) sagt, sie möchte Punkt 26 des Entwurfs für die Abschlusserklärung, in dem es um die GAP geht, so belassen wie er ist. Es falle ihr deshalb schwer, die diesbezügliche Änderung anzunehmen. Sie hebt hervor, dass die GAP einen globalen Ansatz darstelle und dass es wichtig sei, sehr genau auf die gesamte Wirtschaft der Regionen zu achten.

Herr Claudio Martini erinnert daran, dass die Ansichten seit der Vorstandssitzung von Rhodos auseinandergehen. Persönlich teile er die Meinung von Frau Christel Liljeström, denn die vorgeschlagene Änderung beziehe sich eher auf Grundsätze als auf konkrete Aspekte. Er schlägt vor, dass der Politische

Vorstand dazu Stellung nehmen und vermerke, was in Rhodos entschieden wurde. Dies sei für ihn die beste Synthese, die man erreichen könne.

Er sei für die Diskussion über andere Standpunkte offen, aber heute sollte die Stellung der CRPM zu dieser Frage geklärt werden. Über den unter dem aktuellen Punkt 26 aufgeführten Standpunkt scheint die größte Übereinstimmung zu herrschen.

Er bittet den Politischen Vorstand, hier eine Entscheidung zu fällen, damit die Organisation bei dem Seminar in Nantes am kommenden 23. Oktober einen klaren Standpunkt vertreten kann.

Ergebnis der Abstimmung:

Dafür, die Änderung in Punkt 26 aufzunehmen = 3

Dagegen = 11

Enthaltungen = 6

Die Änderungsvorschlag zum Punkt 26 der Abschlusserklärung wird abgelehnt.

Danach lasst **Präsident Martini** über den Entwurf der Abschlusserklärung abstimmen. Dieser wird einstimmig angenommen.

Die Änderungen zu den verschiedenen Entwürfen der sektorbezogenen Beschlüsse werden vorgelegt und einstimmig angenommen.

4. Prüfung der Beitrittsgesuche

Dem Beitrittsgesuch der Region Västerbotten (vor kurzem umstrukturiert) stimmt der Politische Vorstand zu.

5. Vorschlag zur Ernennung eines neuen Vorsitzenden für den Wissenschaftlichen Rat der CRPM

Auf Vorschlag des Generalsekretärs, stimmt der Politische Vorstand der Ernennung von **Herrn Jean-Charles Leygues, Ehrengeneraldirektor der europäischen Kommission**, als neuer Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates der CRPM zu. Dieser wird Herrn Luis Valente de Oliveira ablösen.

6. Absichtserklärung für eine Partnerschaft mit dem UNDP in Sachen Klimawandel

Herr Xavier Gizard präsentiert den Entwurf für die von der CRPM und dem UN-Entwicklungsprogramm anlässlich des Klimagipfels in Saint-Malo zu unterzeichnende Absichtserklärung. Er weist darauf hin, dass mit diesem Text keinerlei finanziellen Verpflichtungen eingegangen werden und bittet den Politischen Vorstand, Präsident Martini zu erlauben, den Text zu unterschreiben.

Der Politische Vorstand nimmt einstimmig an.

7. Antrag auf einen Partnerschaftsstatus bei der BSEC (Organisation of the Black Sea Economic Cooperation)

Herr Xavier Gizard legt dem Politischen Vorstand einen Antrag auf eine Dialog-Partnerschaft der CRPM bei der BSEC vor. Im Rahmen dieser Partnerschaft wird die Kommission Balkan & Schwarzes Meer die CRPM in der BSEC vertreten.

Der Politische Vorstand stimmt dem Antrag mit einer (1) Enthaltung zu.

8. Die nächsten Sitzungen des Politischen Vorstandes

Zu seiner nächsten Sitzung wird der Politische Vorstand am 23. Januar 2009 in Aarhus (DK) zusammenkommen.

Bei der Vorstandssitzung von Juni 2009, die voraussichtlich in Odessa (Ukraine) stattfinden soll, weist der Generalsekretär auf die große Entfernung zu diesem Versammlungsort hin. Aufgrund der äußerst wichtigen Entscheidungen die getroffen werden müssen – vor allem die Wahl eines neuen Generalsekretärs – wäre es sinnvoller, für den Termin im Juni einen Ort mit besseren Anbindungen zu wählen und Odessa für einen späteren Termin in Betracht zu ziehen.

Herr Peter Khlytsov (Odessa) hält an seiner Bitte fest, die Vorstandssitzung von Juni 2009 zu veranstalten.

Präsident Martini bittet um die Beibehaltung von Odessa als Gastgeber für den Politischen Vorstand von Juni.

Auf Wunsch von Präsident Martini erläutert **Herr Xavier Gizard** das Verfahren für die Wahl des neuen Generalsekretärs. Das Generalsekretariat arbeitet das Prozedere aus. Zuständig dafür ist Jean-Didier Hache. Das Wahlverfahren wird dem Politischen Vorstand bei seiner Sitzung am 23. Januar 2009 in Aarhus (DK) vorgelegt. Im Prozedere werden alle einzelne Schritte des Verfahrens aufgeführt, einschließlich der Werbung und Bekanntgabe.

Die Punkte an der Tagesordnung sind damit abgearbeitet und Präsident **Martini** schließt die Sitzung des politischen Vorstandes.

FREITAG, 3. OKTOBER 2008

SESSION 5: TERRITORIALE KOHÄSION, LISSABON STRATEGIE UND REGIONALENTWICKLUNG

Präsident **Claudio Martini** begrüßt **Frau Katarina Mathernova**, stellvertretende Generaldirektorin der GD Regio (GD XVI), **Herrn Pierre Heilbronn**, als Vertreter des französischen Premier-Minister und **Claude Grasland**, Vertreter des EBNRO.

In seiner Einführung spricht er folgende drei Punkte an:

- Wovon ist die Rede, wenn man von «territorialer Kohäsion» spricht?
- Warum ist die territoriale Kohäsion für die Mitgliedregionen der CRPM von zentraler Bedeutung?
- Welche Erwartungen und Befürchtungen haben wir in bezug auf die territoriale Kohäsion?

Zum ersten Punkt weist er darauf hin, dass territoriale Kohäsion für die Mitgliedregionen der CRPM vor allem als Solidarität unter den Gebieten zu verstehen ist. Sie dürfe auf keinen Fall mit «Wohltätigkeit» verwechselt werden. Auch wenn manche der Meinung sind, diese Fragen sollten ausschließlich auf Ebene der Mitgliedstaaten behandelt werden, teilen wir nicht diesen Standpunkt und die CRPM habe die Absicht, ihren angemessenen Platz in der Debatte einzunehmen.

Zum zweiten Punkt erinnert Präsident Martini daran, dass die CRPM innerhalb des Konvents für die Aufnahme dieses Konzepts gekämpft hat. Ohne Kohäsion würden die Regionen am Rande Europas große Schwierigkeiten haben und ein Europa ohne Solidarität würde bedeuten, dass manche Bürger nicht dieselben Leistungen und Rechte genießen könnten wie die anderen. Dies wäre also eine inakzeptable Situation. Die CRPM betrachtet also die territoriale Kohäsion als ein konkretes Thema am Kreuzweg aller Politiken.

Zum dritten und letzten Punkt weist er darauf hin, dass wir vom Grünbuch erwarten, dass es über die alleinige Regionalpolitik hinausgeht, um die Koordinierung aller Politiken auf langer Sicht zu gewährleisten. Auch soll es nicht vom institutionellen Hintergrund abgekoppelt sein, da sich der bestehende Vertrag bereits darauf bezieht.

Herr Claude Grasland stellt den im Rahmen des EBNRO erstellten Bericht «Europa in der Welt» vor, und stützt sich dabei auf drei Ansätze:

- Die Vorstellungen Europas;
- Europas Nachbarschaften;
- Was auf dem Spiel steht.

Die Präsentation von Herrn Grasland steht unter http://www.crpm.org/pub/agenda/759_crpm-europe_in_the_world_-_oct_2008.ppt

Er beendet seine Präsentation mit zwei Fragen:

- Sollte die CRPM nicht ihre Perspektive erweitern, indem sie von EU/lokal zu EU/global wechselt?
- Sollte man nicht den Begriff „peripher“ in „Interface“ umwandeln und das P durch ein I ersetzen?

Frau Katarina Mathernova bemerkt sogleich, das Thema territoriale Kohäsion stehe in Verbindung mit dem Antrag zur Revision des Budgets 2009-2010, bei der 35% der Ausgaben der EU (Kohäsionspolitik) genau geprüft werden. Sie bestätigt, dass das Grünbuch zur territorialen Kohäsion am Montag, dem 6. Oktober veröffentlicht wird, und dass die CRPM ein wichtiger Partner in der kommenden Debatte sein wird.

Vier Fragen stehen im Raum. Wie und in welchem Maße hat die aktuelle Kohäsionspolitik bereits die territoriale Dimension berücksichtigt? Warum ist die territoriale Kohäsion ein Konzept und was macht sie zu einem Konzept? Wie wird sie von der Kommission aufgefasst? Welche Maßnahmen sind im Grünbuch geplant und mit welchen Auswirkungen?

Zur ersten Frage erinnert Frau Mathernova daran, dass mehrere der jetzigen Kriterien für die Förderungsfähigkeit auf Merkmale der Gebiete beruhen, ob Bevölkerungsdichte, Umstrukturierungszonen, Stadt-Land-Gefüge oder Abgelegenheit. Jedoch ist sich die europäische Kommission darüber im Klaren, dass mehrere Sektorpolitiken ganz unterschiedliche Auswirkungen haben und dass ein sektorübergreifender Ansatz notwendig ist.

Weshalb soll ein solches Konzept beachtet werden? Aufgrund der Mitte der 1990er Jahre begonnenen Reflexionsarbeit kamen bereits 1997 Initiativen im Rahmen der Interreg-Programme sowie zwischenstaatliche Ansätze und dann die Einrichtung von ESPON/EBNRO zustande. Dies wurde ergänzt und verstärkt durch den Aufbau von Netzwerken und Überlegungen zur Koordinierung der Raumordnungspolitiken unter den Mitgliedstaaten.

Für die europäische Kommission war es an der Zeit, die vorhandene Lehre durch die Erstellung eines Grünbuchs zu festigen.

Was versteht man darunter? Der gemeinsame Nenner liegt in der Konzentration der Aktivitäten, um maßstabsgetreue Wirtschaften zu ermöglichen. Es darf Zonen mit weniger Konzentration geben, aber keine benachteiligten Regionen. Ein zentrales Anliegen ist, dass alle Zugang zu den Diensten haben. Wie kann man also aus diesen Unterschieden Stärken machen, ohne mit aller Gewalt die Gleichheit anzustreben? Das bedeutet, es muss mehr auf die mögliche Entwicklungen als auf die Beihilfen gesetzt werden.

Frau Mathernova bietet drei Antworten: Verstärkung der Verknüpfungen, auch bei den nicht physischen Diensten; Erweiterung der Zusammenarbeit unter anderem über Interreg um gemeinsame Probleme zu lösen und dabei zentrale Fragen wie Einwanderung zu berücksichtigen; Beachtung der Wechselwirkungen zwischen den Politiken.

Sie weist auch darauf hin, das Grünbuch setze den Akzent auf einige zentrale Probleme wie der Klimawandel, der keine Rücksicht auf Grenzen nimmt und bei dem die territoriale Ebene besonders geeignet ist, Lösungen hervorzubringen.

Sie setzt ihre Ausführungen fort und beschreibt die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, wenn wir dem Konzept der territorialen Kohäsion Gewicht verleihen wollen: Welche Werkzeuge benötigen wir, um die Politiken an die Gebiete zu koppeln? Auf welche Weise werden wir zu einer neuen Etappe der Zusammenarbeit übergehen können? Wie können neue Arten der Partnerschaft geschaffen werden?

In ihren Schlussbetrachtungen betont Frau Mathernova, dass das Grünbuch kein vorgefertigter Reflexionsrahmen ist, sondern ein offenes Papier, das zur Diskussion lädt. Es nimmt keinen Bezug auf den Vertrag von Lissabon, weil dieser kein Gesetzestext ist. Sie endet mit der Darstellung der wesentlichen Etappen der angehenden Debatte und fordert die CRPM zu einer breiten Beteiligung an der Diskussion auf.

Debatte

Herr Erik Söderlund (Norrboten) unterstreicht die lokale und regionale Orientierung der territorialen Governance und plädiert für eine «polyzentrische» Governance. Er weist auf die aktuellen Umstellungen in Schweden hin, bei denen die drei jetzigen Regionen aus dem Norden des Landes zu einer neuen Verwaltungseinheit zusammengefasst werden.

Frau Christel Liljeström betrachtet den Mehrwert der Zusammenarbeit als einen wichtigen Aspekt und bestätigt, dass die Ostsee-Kommission der CRPM, deren Vorsitz sie führt, in vollem Umfang an der Debatte zum Grünbuch teilnehmen wird. Sie betont dass die Ergebnisse um so signifikanter sein werden, als die Instrumente aller Politiken untereinander gekreuzt werden können und sie verlangt mehr Flexibilität in den Vorgehensweisen. Schließlich weist sie darauf hin, dass das Altern der Bevölkerung zu den wichtigen Herausforderungen gehöre, denen man sich stellen sollte.

Herr Pierre Heilbronn (französische Präsidentschaft) versichert sogleich, dass die französische Präsidentschaft den Körperschaften und vor allem den Regionen Gehör schenkt. Er zählt noch einmal die Prioritäten der französischen Präsidentschaft auf (Klimawandel, Gesundheitsbilanz und Zukunft der GAP,

Einwanderung – drei wichtige Dossiers mit territorialen Auswirkungen, auch im Bereich Seeverkehr im Fall des letzteren – sowie die europäische Verteidigung).

Zum Thema territoriale Kohäsion sagt er das Ziel sei, die Reflexion im Rahmen der Haushaltsrevision 2009-2010 zu starten. Wie kann die territoriale Kohäsion zu mehr Solidarität und zum Verschwinden der Ungleichheiten beitragen? Die Debatte werde die Gelegenheit bieten, sich darüber zu äußern, wie sich die Gebiete auf die Chancen und Risiken im Bereich Klima, Demographie und Wirtschaft einstellen können.

Er zählt noch einmal die wichtigen Termine der französischen Präsidentschaft auf und merkt an, dass die Debatte sich eigentlich mit dem Konzept der territorialen Kohäsion befassen sollte, um ausgehend von geteilten Werten einen gemeinsamen Sockel aufzubauen. Dabei sollte man einen Ansatz finden, der Solidarität, Gleichheit und Konkurrenzfähigkeit miteinander verbindet.

Zur Seeverkehrspolitik und insbesondere zur Sicherheit im Seeverkehr hebt er die Bedeutung der Sicherheitsfragen hervor und erneuert die Zusicherung der französischen Präsidentschaft, zu einer Einigung über das gesamte «Paket Erika 3» zu gelangen. Bezüglich der integrierten Seeverkehrspolitik kommt er auf die Aspekte der Governance, der Überwachung und des Wissens zurück. Zum Thema Fischerei erinnert er daran, dass die Mitgliedstaaten an den wichtigsten Grundsätzen der GFP festhalten und betont die notwendigen Fortschritte in Sachen Vereinfachung, Transparenz und Mehrjährigkeit im Umgang mit dieser Politik.

Er endet mit dem Hinweis, dass all diese Aktionen darauf zurückzuführen sind, dass die Gebietskörperschaften an der Ausarbeitung der gemeinsamen Politiken beteiligt werden sollen.

DER PLATZ DER REGIONEN IN DEN EUROPÄISCHEN INNOVATIONSPOLITIKEN

Frau Inger Linge (Stockholm) beginnt mit der Feststellung dass, wie es schon Präsident Martini gesagt hat, nicht die Konkurrenzfähigkeit, sondern die Solidarität den Kern der Maßnahmen Europas und der Regionen bilden soll. Dabei handele es sich nicht um die zwei Seiten ein und derselben Münze. In diesem Zusammenhang komme der Innovation eine entscheidende Rolle zu. Um innovativ zu sein, müsse eine Region auf innovative Menschen zählen können, die von ihrer Gebietskörperschaft unterstützt werden.

Danach berichtet sie über das Projekt TN-RIS, über die Regionen, die an dieser Initiative teilgenommen haben, die Unterstützung durch lokale Fachleute und die Sitzung des wissenschaftlichen Rats der CRPM zu diesem Thema. Das Ziel war, für die Berücksichtigung der Innovation in der Kohäsionspolitik und der Agenda von Lissabon Überlegungen und Vorschläge zu liefern. Frau Linge erklärt, es gehe darum, der CRPM bei der Vorbereitung der Stellungnahmen zu diesen Punkten zu helfen. Es gäbe viel zu tun, wenn man den Beitrag der europäischen Union zur Innovation verbessern wolle. Das Thema sei in der aktuellen Kohäsionspolitik nicht optimal berücksichtigt worden, es müsse mehr auf die Rolle der Regionen als Motor der Innovation geachtet werden. Sie macht geltend, dass alle Regionen entsprechend ihrer eigenen Möglichkeiten Innovation fördern können. Sie betont wie wichtig der Bezug zwischen Unternehmertum und Kreativität sei. In Stockholm etwa werde der eigentliche Akzent nicht auf die Innovation gelegt, sondern auf die Kreativität. Innovation gäbe es nicht unabhängig von den Menschen, ohne eine bestimmte Einstellung, und ein breites Verständnis davon, was das mit sich zieht. Man müsse den öffentlichen Sektor, die Universitäten, die Forschungszentren aber auch die Zivilgesellschaft, die Akteure aus dem Kulturbereich usw. in Verbindung bringen. Innovation sei eine Frage der Technik, aber auch des Talents und der Toleranz.

Herr Damien Périssé (CRPM) bezeichnet die Innovation als ein Schlüsselement in der Definition der Wettbewerbsfähigkeit der Gebiete. Sie sei ein Kernstück der europäischen Politiken und als solche wirke sie sich auf die übrigen Politiken aus. Er weist darauf hin, dass die CRPM ihrer Reflexionsarbeit zur Innovation eine territoriale Vision zugrunde legen möchte.

Er gibt ein Beispiel für eine britische Definition von Innovation: «Eine Veränderung die zu einem Ergebnis auf dem Markt führt», die also einem sozioökonomischen Bedarf entspricht. Nach Ansicht der europäischen Kommission bezieht sich Innovation auch auf das Management, die Arbeitsbedingungen, sie geht klar über die technische Dimension hinaus. Dieser breite Ansatz entspreche der Vision der CRPM, die der Auffassung ist, eine Konzentration der Innovationsdynamik in einigen europäischen Regionen müsse verhindert werden.

Die CRPM möchte folgende Aspekte als besonders wichtig herausstellen:

- Die Notwendigkeit, die Förderung von Innovation und die territoriale Dimension miteinander zu verbinden, und dabei die Konzentrationsgefahr zu vermeiden;
- Die Notwendigkeit, für die Innovation abgewandelte Ansätze zu finden, um die Unterschiede unter den Gebieten und ihre jeweiligen Stärken zu berücksichtigen. Das Jahr 2009 zum Jahr der Kreativität zu machen scheint eine gute Sache zu sein. Die europäischen Indikatoren, die dem rein technologischen Ansatz zu stark verhaftet sind und den regionalen Ansatz nicht genügend aufwerten, müssen ebenfalls geändert werden. Der Innovation im ländlichen Raum müsse besser Rechnung getragen werden;
- Die Notwendigkeit, die Regionen mehr in die Agenda von Lissabon zu involvieren, sowie in die Umsetzung einer guten Governance, welche die Gebiete besser berücksichtigt;
- Die Notwendigkeit, die strategische und wirtschaftliche Analysefähigkeit der Regionen zu stärken;
- Die Notwendigkeit, einige Trends in den Innovationspolitiken (auf die Nachfrage eingehen, das Thema Bildung stärker berücksichtigen) den Merkmalen der Gebiete entsprechend abzuwandeln. Die Innovationspolitiken können sehr unterschiedlich sein und müssen den Gebieten viel Spielraum lassen.

In bezug auf die Zusammenarbeit unter den Akteuren - ein sehr wichtiges Thema - sagt die CRPM, man solle nicht ausschließlich die europäische Clusterpolitik begünstigen, die einige europäische Technologie-Cluster im Weltmaßstab unterstützt. Manche Cluster seien weniger groß, aber dafür entscheidend für die betroffenen Gebiete. Diese Politik der Cluster müsse als Ergänzung zur Kohäsionspolitik verstanden werden.

Was die nächsten Etappen betrifft, kündigt **Herr Damien Périssé** ein Seminar zum Thema Innovation unter schwedischer Ratspräsidentschaft an. Dieses Seminar könnte in Stockholm stattfinden.

Herr Martin Rattray (the Highland Council) - Innovation in den ländlichen Regionen, am Beispiel der Highlands - beginnt mit dem Hinweis darauf, dass der Begriff Innovation einem Wandel unterliege. Heute gründe er auf einer Wissensökonomie, die berücksichtigt werden müsse. Die Berücksichtigung der Innovation durch die europäische Union und die Mitgliedstaaten sei lange Zeit über die Arbeit mit den großen Städten, den Regionen mit entsprechenden Zentren, erfolgt. Nun sollte auch die Innovation beachtet werden, die von den europäischen Randgebieten umgesetzt wird, denn diese Gebiete fördern eben eine andere Innovation.

Schottland habe den FEDER und den ESF dazu genutzt, in Partnerschaft mit dem privaten Sektor, der Universität und der Zivilgesellschaft Innovation zu fördern. Dabei sei auf die Besonderheiten der Gebiete geachtet worden, um daraus Stärken zu entwickeln. Herr Rattray erklärt auch, dass Innovation in bestimmten Randgebieten nur von den KMU ausgehen könne, gekoppelt mit einem starken lokalen Leadership und der Unterstützung der lokalen Universitäten. Dabei sei es extrem wichtig, in einem Netzwerk eingebunden zu sein. Manche Innovationen seien nur in den ländlichen Gebieten möglich, wo endogene natürliche Ressourcen (Wind, Gezeiten ...) zur Verfügung stehen. Tatsächlich stehe Innovation im Zentrum der Regionalentwicklung, sogar für die Regionen, die weit vom geographischen Zentrum Europas entfernt sind.

Herr Martin Rattray führt danach das Beispiel der «on-shore wind energy» in Dänemark auf - weltweit führend auf diesem Gebiet - die auf der Grundlage einer Reihe kleiner Unternehmen betrieben wird.

Abschließend ruft er zu einer Vereinfachung der europäischen Instrumente zur möglichen Förderung der Innovation auf.

Debatte

Frau Giovanna Debono (Gozo) merkt an, dass nicht alle Mitgliedstaaten Innovation auf die gleiche Weise fördern können. Man könne sich nicht nach den Staaten richten, die am weitesten fortgeschritten sind.

Herr Fernando Alonso (Stockholm) meldet sich zu Wort um den drei «Ts» von Frau Linge (Technologie, Talent, Toleranz) noch eins hinzuzufügen, und zwar für «Trust». Er betont, wie wichtig das gegenseitige Vertrauen unter den Akteuren der Innovationssysteme sei. Darüber hinaus bedauert er, dass 2009 kein Etat für das Jahr der Kreativität vorgesehen sei.

Der Vertreter der Innovationsagentur von Aquitanien bedauert, dass die Förderung der Innovation für die KMU immer noch zu «monoregional» ausgeprägt sei. Es müsste Lösungen gefunden werden, die gemeinsam von verschiedenen Regionen umgesetzt werden.

Abschließend beteuert **Frau Inger Linge** es gehe hier nicht nur um Geld oder um Verwaltungsapparate, sondern tatsächlich um Kultur, etwa um die Förderung innerhalb der Bildungssysteme. **Herr Damien Périssé** kommt seinerseits darauf zurück, dass Innovation nicht ausschließlich aus Forschung entstehe, und sich nicht zwangsläufig auf Technik beziehe. Die vorgelegte Sachnotiz hebe gerade diesen Punkt hervor, sowie die Notwendigkeit einer breiten Vision, die der Vielfalt der Gebiete gänzlich gerecht wird.

Herr Michel Lebrun (seine Rede steht zur Verfügung unter http://www.crpm.org/pub/agenda/750_08-10-03_lebrun_general_assembly_bayonne_fr.pdf) erkennt, dass das Konzept der territorialen Kohäsion unter drei verschiedenen Aspekten konkretisiert werden sollte, in Anbetracht der Tatsache, dass die Einarbeitung eines solchen Ziels in den Verfassungsvertrag:

- 1) Für die Dauerhaftigkeit einer auf gemeinschaftlicher Ebene integrierter Kohäsionspolitik steht;
- 2) der Ambition einer europäischen Raumordnungspolitik entspricht: polyzentrisch, ausgeglichen, nachhaltig und solidarisch;
- 3) ein Werkzeug der Governance darstellt.

Weil das Ziel der territorialen Kohäsion eine querverlaufende Priorität darstelle, sollte auch das Problem der Komplementarität und der Abstimmung der Kohäsionspolitik mit den übrigen gemeinschaftlichen Politiken wie: die Politik der ländlichen Entwicklung, die Energiepolitik; die Agrarpolitik; die Verkehrspolitik; die Forschungspolitik usw. berücksichtigt werden.

Für die Zeit nach 2013 wünsche der Ausschuss der Regionen eine starke, auf dem Solidaritätsprinzip beruhende Regionalpolitik. In diesem Sinne habe der AdR eine spezifische Arbeitsgruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik gebildet. Dabei sei sicher, dass man ohne eine starke und auf sämtliche europäische Regionen ausgerichtete Kohäsionspolitik nicht auf das Ziel der territorialen Kohäsion zusteuern kann. Herr Lebrun sieht natürlich ein, dass die Regionen mit dem geringsten Wohlstand die Hauptbegünstigten sein müssen. Gleichzeitig dürften aber auch nicht die Regionen übergangen werden, die zwar nicht mit dem größten Rückstand bzw. den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, aber in denen stellenweise immer noch Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung zu finden sind. Folglich müsse es für alle Regionen eine Kohäsionspolitik geben, die nicht als banale Umverteilungspolitik daherkomme, sondern als eine öffentliche Politik, bei der jede einzelne Region in ihrem Streben nach Innovation, nach wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt unterstützt werde.

Der Ausschuss der Regionen möchte auch die Rolle der lokalen und regionalen Behörden bei der Bestimmung, dem Management und der Umsetzung der Kohäsionspolitik verstärken, das es eine Verbindung gäbe zwischen der sinnvollen Verwendung von Mitteln und der Qualität der Vorhaben auf der einen Seite, und dem Hebel der Dezentralisierung auf der anderen. Das europäische Modell müsse also erhalten – und konsequenter verbessert – werden, um Kohäsion, Solidarität und Wohlstand in Einklang zu bringen. Um das zu erreichen, sollten die Mitgliedstaaten mit den lokalen und regionalen Institutionen zusammenkommen, und ihren Mut und ihre Fähigkeit zu Visionen beweisen, indem sie ein Budget aufrechterhalten, das den europäischen Ambitionen wie Wohlstand, Solidarität und Kohäsion gerecht wird.

Frau Ludmila Sfirloaga (Kammer der Regionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas) erläutert, der KGRE sei eine Organisation, welche die lokalen und regionalen Behörden auf paneuropäischer Ebene vertritt, da der Europarat 47 Mitgliedstaaten zählt. Sie erinnert an den Kernpunkt des Europarates, nämlich Verteidigung und Förderung der Demokratie, und daran dass dieses Anliegen unter anderem von den lokalen und regionalen Behörden abhängen. Weiter erklärt sie, dass die regionale Dimension eine Schlüsselposition in der europäischen Union einnehme, vor allem für die Regionen mit legislativen Befugnissen, und dass der KGRE versuche, diese auf angemessene Weise zu berücksichtigen.

Regionale Identität, Kultur und Sprache seien für viele Regionen in Europa vorrangig, meine der KGRE. In diesem Sinne sei schließlich im vergangenen Mai die «Europäische Charta der regionalen Demokratie», als erstes Gesetzesinstrument mit einer gewissen Flexibilität bei der Erhaltung und Förderung der Autonomie der Regionen verabschiedet worden. Der KGRE, so Frau Sfirloaga, beschäftige sich auch viel mit der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit. Dazu nennt sie mehrere konkrete Beispiele unter anderem die Euroregion Schwarzes Meer. Durch dieses Vorhaben, das gerade im September 2008 gestartet wurde, sollen mehr Synergiewirkungen unter den Bürgern entstehen. Darüber hinaus erwähnt sie

die Empfehlungen und Beschlüsse des KGRE zu den Diensten von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in den ländlichen Gebieten und das Interesse für das Thema Polyzentrismus, auf das in Europa noch näher eingegangen werden müsse.

Fortsetzung der Debatte

Im Namen der Ostsee-Kommission der CRPM bedankt sich **Frau Christel Liljeström** bei der Arbeitsgruppe TN-RIS für ihre Bemühungen. Sie möchte, dass die Arbeit fortgesetzt wird.

Herr Xavier Gizard informiert die Versammlung, dass im Rahmen der tschechischen Präsidentschaft im Frühjahr 2009 ein Gipfeltreffen der Regionen und Gemeinden in Prag stattfinden wird. Die CRPM sei bereits dazu eingeladen worden. **Herr Claudio Martini** habe dem Ausschuss der Regionen vorgeschlagen, dass für dieses Ereignis mehr zusammengearbeitet werden sollte und dass, wie schon einmal in Leipzig im Jahr 2004, die großen europäischen Körperschaftsverbände in die Veranstaltung dieses wichtigen Ereignisses und in die Vorbereitung der dazugehörigen Abschlusserklärung einbezogen werden sollten. Dadurch werde die Entschlossenheit und das Engagement der europäischen Gebietskörperschaften insgesamt im Hinblick auf die Diskussion zu den neuen europäischen Budgets und Programme nach 2013 besser zur Geltung gebracht.

Frau Gunn Marit Helgesen (Telemark) schließt die Session ab, indem auch sie den Mitgliedern der Arbeitsgruppe TN-RIS für die bis jetzt geleistete Arbeit und für die im Laufe des Vormittags aufgezeigten Perspektiven zu den Fragen der Kohäsion, vor allem der territorialen, und zu deren Bezug zur Innovation und zur Regionalpolitik dankt. Austausch und Information sollen neue Überlegungen bzw. neue Ansätze hervorbringen. All dies werde in die Reflexion der regionalen Vertreter einfließen können.

SESSION 6: VORSTELLUNG DER NEUEN MITGLIEDREGIONEN

Der CRPM sind fünf neue Regionen beigetreten: Angus (Vereinigtes Königreich), Ida-Virumaa (Estland), Larnaca (Zypern), Picardie (Frankreich) und Samsun (Türkei).

Die Vertreter der 5 Regionen stellen deren wesentliche Merkmale (demographische, natürliche, wirtschaftliche usw.) vor.

SESSION 7: DIE ZUKUNFT DER CRPM

Herr Claudio Martini eröffnet die Session indem er darauf hinweist, dass eine genauere Umfrage bei den Mitgliedern durchgeführt werde. Die Beantwortungsrate (über 90) sei zufriedenstellend und vielsagend.

Herr Jean-Didier Hache präsentiert die Ergebnisse aus der mit den Exekutivsekretären der geographischen Kommissionen und dem Generalsekretariat durchgeführten Umfrage. Er erinnert daran, dass der entsprechende Auftrag bei der Vorstandssitzung in Sevilla Anfang 2008 erteilt wurde. Dabei wurde eine Studie über die Mitgliedschaft in der CRPM gestartet und eine ganze Reihe von Debatten mit den geographischen Kommissionen und nationale Gruppen der Mitgliedregionen veranstaltet. Es wurden auch Interviews mit qualifizierten Persönlichkeiten von außerhalb geführt.

Eine erste Auswertung wurde im Juni 2008 bei der Vorstandssitzung von Rhodos vorgenommen. Damals war mit Hilfe des Fachbereichs Geographie der Universität von Rennes eine statistische Analyse des Wesens und der Merkmale der Mitgliedschaft in der CRPM erstellt worden.

Hier eine Kurzfassung der Ergebnisse:

- Das, was die Mitgliedregionen der CRPM verbindet, ist eindeutig die maritime Dimension (90% der Antworten), dann kommt die Verkehrsanbindung (80%), danach die demographischen und natürliche Nachteile, die notwendige Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen und als letztes die Außenkooperation;
- Was uns unterscheidet: Die Größe, bezogen auf die Fläche und die Bevölkerungszahl, sowie der institutionelle Aufbau;

Auf dieser Grundlage und ausgehend von den Interviews mit rund zwanzig Persönlichkeiten, sowie von den Ergebnisse aus den Debatten in den geographischen Kommissionen wurde ein Fragebogen aufgestellt, der den Mitgliedregionen einzeln zugeschickt wurde. Die Befragung lief über einen Monat, zwischen Mitte August und Mitte September.

Zunächst sei auf den Aussagewert der Antworten hingewiesen (57% der Mitglieder, 2/3 der «Bevölkerung» der CRPM). Die Antwortrate lag bei 79% für die Mitglieder der Ostsee-Kommission, bei 70% für die der Nordsee-Kommission, 67% für die der Inselkommission, 46% für die der intermediterranean Kommission, 44% für die der Atlantikbogen-Kommission und 40% für die der Kommission Balkan & Schwarzes Meer). Aus den Antworten geht folgendes hervor:

- Eine große Stabilität der Organisation, deren «historische» Ziele (maritime und periphere Dimension) auf sehr breite Zustimmung stoßen. Darüber hinaus gibt die breite Mehrheit der Mitglieder zu Kenntnis dass die CRPM für die Zukunft relevant sein wird;
- Die vorrangigen Tätigkeiten sind, nach Priorität geordnet: Lobbyarbeit, Information/Wachen über die Gemeinschaftspolitiken, zwischenregionale Zusammenarbeit.
- Die Regionen, die einen Ausbau der Zusammenarbeit mit den Regionen aus den übrigen Kontinenten befürworten, machen nur eine sehr kleine Minderheit aus;
- Bei den Aufgaben des Generalsekretariats dominiert die Stabilität; dieses sollte nicht unmittelbar in Fragen der zwischenregionalen Zusammenarbeit eingreifen, dafür sind hauptsächlich die geographischen Kommissionen zuständig. Letztere sollten aktiver sein und Beziehungen mit den Drittländern in ihrem Raum aufbauen;
- Beim allgemeinen Betrieb der Organisation herrscht Zufriedenheit, auch wegen der Ausgewogenheit;
- Bei den Beziehungen zu anderen europäischen Netzwerken gibt es massiven Widerstand gegen jeglichen Zusammenschluss; die Mitglieder der CRPM möchten, dass ihre Organisation unabhängig bleibt, dafür wären sie bereit, engere Arbeitsbeziehungen mit anderen Netzwerken einzugehen;
- Zu den Voraussetzungen, um Mitglied zu werden: Müssen die Aufnahmekriterien strenger oder lockerer werden? Die wenigen Antworten auf diese Frage zeigen deutlich, dass die Mitglieder der CRPM keine Meinung dazu haben. Dagegen kommt eine klare Mehrheit zustande, den Namen der CRPM beizubehalten.

Abschließend stellt Herr Jean-Didier Hache folgendes Bild auf: Eine sehr große Stabilität der Organisation, eine sehr klare Ausrichtung nach einigen Schwerpunkten (Kohäsion, Energie, Klimawandel, Verkehr) und ein breites Widerstreben, wenn es darum geht, sich auf globaler Ebene mit den Fragen auseinander zu setzen, außer wenn die Gemeinschaftspolitiken selbst eine eindeutige globale Dimension besitzen, wie beim Klimawandel. Die Mitglieder möchten die Rolle der geographischen Kommissionen verstärken und die Unabhängigkeit der Organisation bewahren.

Er stellt ebenfalls fest, dass es keine besonderen Interessenkonflikte zwischen den Mitgliedern gibt, auch nicht zwischen große und kleine Regionen und endet mit der Ankündigung der kommenden Schritte:

- Aufstellung von Empfehlungen auf der Grundlage der Antworten;
- Vorlage dieser Empfehlungen bei der Vorstandssitzung im Januar 2009;
- Ratifizierung der festgelegten Leitlinien in der Hauptversammlung 2009.

Debatte

Herr Jean-Yves Le Drian freut sich über diese Arbeit; Er stellt fest, dass das Merkmal Küstenlage («maritim») als der Sockel der Organisation anerkannt wird. Das Augenmerk müsse also noch stärker darauf gerichtet sein. Was die Rand- bzw. Peripherielage betrifft, bemerkt er, dass in diesem Begriff ursprünglich etwas wie Ansprüche mitgeklungen hat, der sich heute weitgehend gewandelt hat. Daher fragt er sich, ob es nicht angemessen wäre, die zwei folgenden Gedanken weiter zu spinnen: Erstens sich um das «zentrale Polygon» wie von **Herrn Claude Grasland** dargestellt (4. Szenario seiner Präsentation) Entwicklungszentren vorstellen, die auf die Wissens- und Innovationsgesellschaft gründen; Zweitens beschert uns unsere Lage an der Peripherie der EU neue Verpflichtungen gegenüber der Neuzugänge und der neuen Nachbarn, und um diese zwei Kategorien sollte man sich mehr kümmern.

Herr Piero Di Maggio (Sizilien) freut sich zu sehen, dass das was die CRPM seit ihrer Gründung ausmacht entsprechend stabil geblieben ist. Er lehne die Öffnung nach außen bzw. jeglichen Zusammenschluss entschieden ab. Was die geographischen Kommissionen und das Generalsekretariats betrifft, meint er sie würden sich in ihren unterschiedlichen Aufgaben ergänzen.

Herr Henning Gjellerod (Midtjylland) ist sehr zufrieden mit den Schritten, die eingeleitet wurden. Seiner Meinung nach besitze die CRPM damit ein wichtiges Werkzeug für die Vorbereitung der Zukunft. Es stimme der vorrangigen Stellung der maritimen Dimension zu, denn darin liege unsere Identität und plädiert dafür, dass man sich mehr um die Nachbarregionen der EU kümmere.

Herr Roy Perry (Hampshire) bedankt sich für die geleistete Arbeit und fragt sich, ob in den Antworten Unterschiede aufgrund der Staatsangehörigkeit festzustellen sind. Es sei aber richtig gewesen, diese Überlegungen nicht mit einzubeziehen. Er weist darauf hin, dass die möglichen Alternativen, die sich insbesondere für die Zusammenarbeit auftun, noch ausgefeilt werden müssen. Er betont, dass wir vor allem eine europäische Organisation sind, die Rücksicht darauf nehmen muss, was anderswo geschieht, und dass es wichtig ist, den Fokus auf die Prioritäten zu setzen.

Frau Josefina Moreno (Murcia) legt den Akzent auf die Bedeutung des Konzepts „Peripherie“, der uns dazu bringt, bestimmten Politiken wie die Verkehrspolitik besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie betont auch die Notwendigkeit, die Lobbyarbeit auf die Normierungsverfahren auszuweiten.

Herr Henrik Ringbæk Madsen (Nordjylland) hebt hervor, dass wir all unsere Kraft brauchen werden um Zukunftsperspektiven aufzustellen; wir wissen jetzt schon, dass der Haushalt der EU gekürzt wird; wichtig sei also, unsere Tätigkeiten nicht noch zu erweitern. Er führt das Beispiel des FOGAR an, das sich von der CRPM unabhängig machen müsse: Diese Abkoppelung müsse gleich jetzt berücksichtigt werden.

Frau Rinske Kruisinga (Noord-Holland), die 2,6 Millionen Menschen vertritt, unterstreicht die Bedeutsamkeit des regionalen Ansatzes für die Umsetzung der Politiken und dessen einigende Wirkung.

Herr Jérôme Polverini (Korsika) merkt an, dass die Ergebnisse des Fragebogens nur bestätigt haben, was schon offensichtlich war. Er hebt hervor, man müsse nicht unbedingt die gleiche Behandlung für alle Regionen fordern und plädiert für die Einführung eines Konzepts der Differenzierung und Proportionalität der Beihilfen in unseren Anträgen.

Er geht auf die «weitgehend geteilten» Interessen ein, wie es aus den Antworten auf den Fragebogen hervorgeht, und verlangt, dass man darauf achtet, dass die Solidarität aller zum Ausdruck kommt, einschließlich bei dem, was die Besonderheit mancher ausmacht. Diesbezüglich führt er das Beispiel der Fischerei an, die zwar nicht alle Regionen gleichermaßen betreffe, aber der Unterstützung aller bedürfe. Er plädiert dafür, dass im Geiste der Solidarität gearbeitet werden, um auch das zu verteidigen, was unsere Vielfalt und unsere Besonderheiten ausmacht. Man müsse sich der Gleichförmigkeit widersetzen und ein hierarchisch aufgebautes Lobbying erfinden.

Herrn Richard Westlake (Devon) überraschen die Ergebnisse der Umfrage nicht. Die Antworten seien klar und bedeuten «wenn man zu weit geht, verirrt man sich». Die Regionen aus China und Japan machen sich nun auf dem globalen Parkett bemerkbar, man müsse ihre Vielfalt anerkennen. Er verlangt, dass die CRPM sich auf das was ihr am meisten liegt bzw. am besten gelingt, wie Verkehr, Energie, Klima. Er wünscht, dass die geographischen Kommissionen ihre Lobbyarbeit in ihren jeweiligen Zonen verstärken, und sei es nur um die Mitgliedschaft zu rechtfertigen und zu beweisen, dass diese Art von Organisation die Interessen ihrer Mitglieder vertritt. Er betont auch den Vorteil der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.

Herr Rafael Hueso äußert seine Zufriedenheit. Die Ergebnisse seien keine Überraschung, sondern bestätigen: Die Einigkeit (der Regionen) macht (diese) stark. Er bedauert, dass die Atlantikbogen-Kommission sich nicht stärker engagiert habe und stellt die Frage in den Raum, ob aus dieser Debatte zur Zukunft der CRPM auch eine Debatte zur Zukunft der geographischen Kommissionen folgen wird.

Herr Claudio Martini gibt vier Kommentare ab.

- Die Mitglieder möchten die Gründungsidentität der CRPM (maritime/periphere Kriterien) aufrecht erhalten; seiner Meinung nach sei dies eine positive Verpflichtung, die den bis jetzt betriebenen Aufwand festige. Zur Mitgliedschaft in der CRPM sagt er, wenn die Mitglieder damit zufrieden sind, solle weitergemacht werden wie bis jetzt, und die Konferenz solle denjenigen die Türen öffnen, sich ihre Gründungsprinzipien akzeptieren (maritime und periphere Regionen);
- Auf die vorrangigen Themen, wie sie aus den Antworten hervorgehen, sollte sehr große Rücksicht genommen werden, denn diese Themen erfordern keine allgemeine, sondern fachliche Stellungnahmen. Er schlägt vor, auf dieser Linie zu bleiben;

- Zur jeweiligen Rolle des Generalsekretariats und der geographischen Kommissionen meint er, es sei wichtig, eine Gegenüberstellung zu vermeiden, denn beide werden gebraucht und sie ergänzen sich; sehr wichtig sei es also, an der heutigen Arbeitsweise der Organisation festzuhalten;
- Zum Thema FOGAR dachte er, die Angelegenheit sei erledigt; es ginge um einen ergänzenden Aspekt, die das Budget nicht belaste. Die Regionen werden gebeten, sich zwischen einem Ja und einem Nein zum FOGAR zu entscheiden. Er endet mit der Erinnerung daran, dass er das in seinem Bewerbungsschreiben für das Amt des Präsidenten klar zum Ausdruck gebracht habe, denn in manchen Situationen sei eine globale Vision gefragt. Er bittet die Versammlung, die Idee zu unterstützen, zu einer Synthese zu gelangen, die einen von allen geteilten Standpunkt wiedergibt.

Herr Xavier Gizard informiert über die Fortsetzung der Debatte über die Zukunft der CRPM und die Gestaltung des Terminkalenders. In der Vorstandssitzung von Januar 2009 werden die ersten Leitlinien ausgearbeitet, die dann im Frühjahr in den jeweiligen geographischen Kommissionen diskutiert werden. Bei seiner Sitzung im Juni 2009 werde der Politische Vorstand eine Synthese vorschlagen, die dann der Hauptversammlung von 2009 in Göteborg zur Abstimmung vorgelegt wird.

Zur Frage der Verlegung des Sitzes des Generalsekretariats erklärt er, eine solche Änderung würde eine Beitragserhöhung von circa 50% mit sich bringen.

Herr Ole B. Sørensen (Nordjylland) möchte sein Erstaunen über die Reaktion von Präsident Martini in bezug auf das FOGAR zum Ausdruck bringen. Es sei nicht korrekt, einem Bewerbungsschreiben eine Absichtserklärung beizufügen. Wenn man mit der von den Mitgliedern einer Organisation geäußerten Meinung nicht einverstanden ist, sei es Sache des Präsidenten, zu überlegen ob er im Amt bleiben möchte.

Herr Claudio Martini antwortet, dies sei keine neue Vorgehensweise und es ging um einen sehr wichtigen Punkt. Mit der Auswertung der Umfrage besäßen wir heute sachbezogene Informationen, die zu politischen Leitlinien ausgearbeitet werden müssten. Je nachdem, was dabei herauskommt, könne dann jeder die Konsequenzen daraus ziehen.

Herr Jean-Didier Hache möchte auf einige formale Aspekte der Debatte eingehen:

- Zur festgelegten Methodologie: Die Reaktion der Regionen auf die Fragen entsprechen den eigenen geographischen oder historischen Gegebenheiten. Er nennt das Beispiel der Region Navarra, die sich sehr beim Dossier «Energie» engagiert hat, aber für die Fischereifragen keinerlei Relevanz haben. Dies zeuge nicht etwa von Desinteresse, sondern sei durch die tatsächlichen Verhältnisse zu erklären;
- Was die Beziehungen zwischen dem Generalsekretariat und den geographischen Kommissionen betrifft, so gäbe es seines Wissens keine Konflikte, eher der Wunsch beide Instanzen zu verstärken;
- Und schließlich sei die Frage, ob man ausführlichere Diskussionen in den einzelnen geographischen Kommissionen führen sollte, mit ja zu beantworten. So sei bereits mit der intermediterranean Kommission geschehen, und es könne sich als sehr hilfreich erweisen, über genauere Daten für die einzelnen Meeresbecken zu verfügen.

Präsident Martini stellt fest, dass wir bis zur nächsten Hauptversammlung über einen klaren Fahrplan verfügen, und schließt die Debatte.

SESSION 8: PRÜFUNG UND ABSTIMMUNG ÜBER DIE ABSCHLUSSERKLÄRUNG UND DIE BESCHLÜSSE

Herr Claudio Martini leitet die Sitzung ein, und übergibt das Wort an Marie-Ange Orihuela, Leiterin in der CRPM und in dieser Hauptversammlung zuständig für die «Arbeitsgruppe Beschlüsse»

Frau Marie-Ange Orihuela legt die Ergebnisse der Gruppe vor und informiert zunächst über die Änderungsanträge in bezug auf die Abschlusserklärung.

Die von den Regionen und den geographischen Kommissionen eingebrachten und vom Politischen Vorstand angenommenen Änderungsanträge werden vorgelesen. Danach lässt der Präsident die Versammlung über die so geänderte Abschlusserklärung abstimmen.

Die Abschlusserklärung wird einstimmig angenommen.

Danach schlägt **Herr Claudio Martini** vor, zu den Entwürfen für die Beschlüsse überzugehen.

Frau Marie-Ange Orihuela erklärt, dass die Entwürfe die nicht geändert wurden nicht noch einmal verteilt werden. Sie liegen bereits mit den anderen Arbeitsunterlagen vor. Es handele sich um folgende Beschlüsse:

II-1: Hin zu einer nachhaltigen europäischen Politik der regionalen Kohäsion – Herausforderungen und Chancen in den geographisch abgegrenzten Zonen;

II-2: Energie als Priorität des nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesens in Europa;

II-3: Rückwürfe ins Meer: Eine mit der nachhaltigen Fischerei unvereinbare Vorgehensweise;

II-4: Schreiben zur Unterstützung der Tätigkeit der Arbeitsgruppe TN-RIS (Hinweis: Dieser Beschluss wird von der Ostseekommission allein vorgelegt, denn die Nordsee hat keine Zeit, sich offiziell zu dieser Frage zu äußern);

II-6: Nachhaltiger Tourismus.

Herr Claudio Martini schlägt vor, dass die Versammlung über diese nicht abgeänderten Beschlüsse nicht einzeln abstimmt, sondern in einem Gang.

Die Beschlüsse II-1, II-2, II-3, II-4, II-6 werden einstimmig angenommen.

In bezug auf den Beschluss II-5 «Unterstützung des Seefrachtgeschäfts», wird bei zwei Punkten eine separate Abstimmung verlangt:

1. Punkt: Mit Mehrheit der Stimmen angenommen (6 Stimmen dagegen – 2 Enthaltungen);

2. Punkt: Einstimmig angenommen (2 Enthaltungen).

Präsident Martini dankt der Versammlung.

SESSION 9: HAUSHALTSENTSCHEIDUNGEN

Herr Yves Morvan und **Herr Jacques Boulau** berichten über die Kontenführung der CRPM.

Rechnungsjahr 2007

Nachdem er vom Verwaltungsrat und vom Politischen Vorstand in seiner Sitzung von Rhodos am 27. Juni 2008 angenommen wurde, wird der Rechnungsabschluss 2007, für den ein Bericht des Abschlussprüfers vorliegt, der Hauptversammlung präsentiert.

Insgesamt belaufen sich die Erträge auf € 3.416.534 und die Kosten auf € 3.500.401. Nach Einbindung der außergewöhnlichen Erträge und Kosten, nach Rücklagen und Bildung bzw. Übernahme der zweckgebundenen Mittel, ist das endgültige Ergebnis positiv (€ 118.634).

Wenn man den verabschiedeten Haushaltsplan mit der Ausführung des Haushalts 2007 vergleicht, erkennt man nur sehr leichte Abweichungen in der Größenordnung von 1 bis 3 % bei den Ausgabeposten, was darauf schließen lässt, dass die Ausführung mit dem Plan der Hauptversammlung übereinstimmt.

Rechnungsjahr 2008

Das Rechnungsjahr 2008 läuft noch. Um auf die Wünsche der Versammlung von Oktober 2007 in Florenz bezüglich der Verwaltung von externen Netzwerken einzugehen, wurde im Haushaltsplan 2008 der Kosten-Verteilungsschlüssel geändert:

- Für das FOGAR gilt 4% der Betriebskosten der CRPM, und für das Netzwerk nrg4SD 2% (Verteilungsschlüssel aufgrund einer analytischen Studie festgelegt), die Aufteilung erfolgt nach dem tatsächlichen Aufwand des Sekretariats. Die Haushaltslinie für die an das FOGAR gebundenen Mittel wird gestrichen, das FOGAR muss hauptsächlich durch Zusatzbeiträge der Regionen finanziert werden.

Darüber hinaus wurden die Personalkosten der Inselkommission heruntergesetzt, um der Arbeit des Exekutivsekretärs an den Dossiers der CRPM Rechnung zu tragen (Aufteilung 50 % für die Inselkommission und 50 % für die CRPM).

Bei den übrigen Kommissionen gibt es keine Änderungen.

Berücksichtigt wurden der Austritt der französischen Regionen Limousin und Centre, der vom Scottish Executive, sowie der Beitritt der Regionen Ida-Virumaa, Angus, Larnaca und Samsun.

Haushaltsplan 2009

Der Haushaltsplan 2009 wird vorgelegt. Das allgemeine Budget der CRPM weist Erträge von insgesamt € 2.146.141 auf, die sich hauptsächlich aus den Beiträgen der Regionen zusammensetzt.

Der Plan beinhaltet eine Beitragserhöhung von 3,70 %, die auf der Grundlage der Inflationsrate in der EU27 (Eurostat) im Zeitraum Mai 2007 bis Mai 2008 berechnet wurde.

Vorgeschlagen wird als neuer Beitragssatz:

€ 0,010352 pro Einwohner

Mindestbeitrag: € 6.436 für die Regionen mit weniger als 621.760 Einwohnern.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf € 2.118.463. Durch die Einstellung eines für Forschung und Innovation zuständigen Direktors und durch eine leichte Anhebung der gesamten Personalkosten um 2 % sind die Personalkosten leicht angestiegen. Die Reisekosten wurden auch geringfügig nach oben korrigiert. Die Betriebskosten sind tragbar und relativ stabil.

Der Überschuss des Gesamtbudgets der CRPM beträgt € 27.000. Davon abzuziehen sind die Beisteuerungen zu den Budgets von bestimmten geographischen Kommissionen (Bereitstellung von Personal und Betriebskosten) und zu den Budgets der Netzwerke: FOGAR € 9.587 und nrg4SD € 21.830.

Das FOGAR hat eine gesonderte Buchführung und der Anteil der CRPM am FOGAR ist rückgängig, da das FOGAR sich selbst finanzieren soll.

Nach Eingliederung des Anteils der CRPM an den Budgets der geographischen Kommissionen und der Regionen-Netzwerke weist das Gesamtbudget der CRPM einen Negativsaldo von € -26.168 auf.

Auf Anfrage von Herrn Kevan Lim wird versichert, dass den externen Netzwerken abgesehen von den direkten Beiträgen der Regionen die darin Mitglieder sind, keine zusätzlichen Mittel zugeteilt werden.

Die Regionen des Atlantikbogens danken der Region Basse-Normandie für deren Ergänzungsbeitrag in Höhe von 60.000 € (über 2 Jahre) zur Finanzierung einer Vollzeitstelle für einen Exekutivsekretär.

Rechnungsabschluss 2007 und Haushaltsplan 2009 werden von der Hauptversammlung einstimmig angenommen.

SESSION 10: KOMMENDE TERMINE UND SCHLUSSWORT

2009: Herr Roland Andersson, *President of Regional Executive Board* (Västra Götaland - Schweden) lädt die CRPM für ihre nächste Hauptversammlung nach **Göteborg**, am 30. September, 1. und 2. Oktober 2009, ein.

2010: Frau Katharine Dean, *Council Leader* (Aberdeen City - UK) lädt die CRPM für ihre übernächste Hauptversammlung nach **Aberdeen** am 29./30. September und 1. Oktober 2010 ein.

Präsident Claudio Martini bedankt sich für diese Einladungen und bittet die Teilnehmer, sich diese Termine freizuhalten. Er bedankt sich bei allen Delegierten und übergibt das Wort an **Herrn François Maïtia**, Vize-Präsident des „Conseil Régional“ von Aquitanien, der im Namen von Präsident Rousset die Schlussrede dieser 36. Hauptversammlung hält.